



2020/0361(COD)

19.7.2021

ÄNDERUNGSANTRÄGE 270 - 540

Entwurf einer Stellungnahme

Geoffroy Didier

(PE694.960v01-00)

Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und Änderung der Richtlinie 2000/31/EG

Vorschlag für eine Verordnung

(COM(2020)0825 – C9-0418/2020 – 2020/0361(COD))

Änderungsantrag 270
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 60

Vorschlag der Kommission

(60) Da eine Überprüfung durch unabhängige Sachverständige notwendig ist, sollten **sehr** große Online-Plattformen einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung und gegebenenfalls zusätzlicher Verpflichtungszusagen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen unterliegen, was durch unabhängige Prüfungen sichergestellt werden sollte. Sie sollten den Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen können, **wie** z. B. Studien **zugelassener** Forscherinnen und **Forscher**. Die Prüfer **sollten** die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. Die Prüfer sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

Geänderter Text

(60) Da eine Überprüfung durch unabhängige Sachverständige notwendig ist, sollten große Online-Plattformen einer Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten aus dieser Verordnung und gegebenenfalls zusätzlicher Verpflichtungszusagen im Rahmen von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen unterliegen, was durch unabhängige Prüfungen sichergestellt werden sollte. Sie sollten den Prüfern Zugang zu allen relevanten Daten gewähren, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlich sind. Zudem sollten die Prüfer andere objektive Informationsquellen nutzen können, z. B. Studien **von von den zuständigen Behörden zugelassenen** Forscherinnen und **Forschern**. **Mit Ausnahme der Behörden oder sofern das geltende Recht nicht etwas anderes bestimmt, sollten** die Prüfer die Vertraulichkeit, Sicherheit und Integrität der Informationen sicherstellen, die sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, und über die erforderlichen Kenntnisse im Bereich des Risikomanagements sowie über die technische Kompetenz für die Prüfung von Algorithmen verfügen. **Dennoch sollten sehr große Online-Plattformen die Vertraulichkeit von Geschäftsgeheimnissen nicht als Grund dafür heranziehen können, den Zugang zu relevanten Informationen zu verweigern, die Prüfer zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.** Die Prüfer

sollten unabhängig sein, damit sie ihre Aufgaben auf angemessene und vertrauenswürdige Weise wahrnehmen können. Ist ihre Unabhängigkeit nicht über jeden Zweifel erhaben, sollten sie ihre Funktion niederlegen oder auf den Prüfauftrag verzichten.

Or. fr

Änderungsantrag 271 Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 61

Vorschlag der Kommission

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und **gegebenenfalls** Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen **aufführen**. Der Bericht sollte dem für den Koordinator für digitale Dienste **am Niederlassungsort** und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung **oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen** erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung,

Geänderter Text

(61) Der Prüfbericht sollte **unabhängig erstellt und** begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung **und der anderen geltenden Rechtsvorschriften** getroffen haben, und **in ihm sollten erforderlichenfalls** Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen **aufgeführt sein**. Der Bericht sollte dem für den **zuständigen** Koordinator für digitale Dienste und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der

Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

Or. fr

Änderungsantrag 272

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 61

Vorschlag der Kommission

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte **dem für den Koordinator** für digitale Dienste **am Niederlassungsort** und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-

Geänderter Text

(61) Der Prüfbericht sollte begründet werden, um eine aussagekräftige Bilanz über die durchgeführten Tätigkeiten und die erzielten Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er sollte Informationen darüber enthalten, welche Maßnahmen die sehr großen Online-Plattformen zur Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen dieser Verordnung getroffen haben, und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge für diese Maßnahmen aufführen. Der Bericht sollte den **Koordinatoren** für digitale Dienste und dem Gremium zusammen mit der Risikobewertung, den Risikominderungsmaßnahmen und den Plänen der Plattform zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Prüfung unverzüglich übermittelt werden. Der Bericht sollte einen Bestätigungsvermerk enthalten, der auf den Schlussfolgerungen aus den Prüfbelegen beruht. Ein positiver Vermerk sollte erstellt werden, wenn alle Belege zeigen, dass die sehr große Online-Plattform die Pflichten aus dieser

Plattform die Pflichten aus dieser Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

Verordnung oder die gegebenenfalls im Rahmen eines Verhaltenskodex oder Krisenprotokolls eingegangenen Verpflichtungszusagen erfüllt, insbesondere durch die Ermittlung, Bewertung und Minderung der mit ihrem System und ihren Diensten verbundenen systemischen Risiken. Ein positiver Vermerk sollte durch Anmerkungen ergänzt werden, wenn der Prüfer Bemerkungen hinzufügen möchte, die keine wesentlichen Auswirkungen auf das Prüfergebnis haben. Ein negativer Vermerk sollte erstellt werden, wenn der Prüfer der Ansicht ist, dass die sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält oder die eingegangenen Verpflichtungszusagen nicht erfüllt.

Or. en

Änderungsantrag 273 **Stéphane Séjourné**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 62**

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit

ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. ***Darüber hinaus können sich diese Empfehlungssysteme auch auf den Medienkonsum und die kulturellen Praktiken der Nutzer auswirken, und sie bergen die Gefahr, dass die Nutzer in einer Blase gefangen werden, ohne dass sie sich für andere Inhalte öffnen können.*** Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

Or. en

Änderungsantrag 274

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 62

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung

und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu **auch Optionen zählen sollten**, die nicht auf dem Profiling des Nutzers **beruhen**.

und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer von alternativen Optionen für die wichtigsten Parameter profitieren, wozu **mindestens eine Standardoption**, die nicht auf dem Profiling des Nutzers **beruht**, und, **soweit technisch machbar, alternative Empfehlungssysteme Dritter zählen sollten**.

Or. en

Änderungsantrag 275 Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 62

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden,

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden,

um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen, **und dass diese Optionen standardmäßig verwendet werden.**

Or. en

Änderungsantrag 276 **Emmanuel Maurel**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 62**

Vorschlag der Kommission

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-

Geänderter Text

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-

Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der **Online-Schnittfläche** dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der **viralen** Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. **Sehr** große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, **um sicherzustellen, dass** die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der **Online-Schnittstelle** dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können wesentliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der **sehr raschen** Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, **damit** die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

Or. fr

Änderungsantrag 277

Axel Voss, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 62

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können *wesentliche* Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

(62) Ein zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeiten sehr großer Online-Plattformen ist die Art und Weise, in der Informationen priorisiert und auf der Online-Schnittfläche dargestellt werden, um den Zugang zu Informationen für die Nutzer zu erleichtern und zu optimieren. Dies geschieht beispielsweise durch algorithmische Empfehlungen, Einstufung und Priorisierung von Informationen, die durch textliche oder andere visuelle Darstellungen kenntlich gemacht werden, oder durch andere Arten der Kuratierung der von Nutzern bereitgestellten Informationen. Diese Empfehlungssysteme können Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Nutzer haben, Informationen online abzurufen und mit ihnen zu interagieren. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Verstärkung bestimmter Botschaften, der viralen Verbreitung von Informationen und der Anregung zu Online-Verhaltensweisen. Sehr große Online-Plattformen sollten daher sicherstellen, dass die Nutzer angemessen informiert werden und Einfluss darauf haben, welche Informationen ihnen angezeigt werden. Sie sollten die wichtigsten Parameter dieser Empfehlungssysteme klar und leicht verständlich darstellen, um sicherzustellen, dass die Nutzer verstehen, wie die ihnen angezeigten Informationen priorisiert werden. Ferner sollten sie sicherstellen, dass die Nutzer über alternative Optionen für die wichtigsten Parameter verfügen, wozu auch Optionen zählen sollten, die nicht auf dem Profiling des Nutzers beruhen.

Or. en

Änderungsantrag 278

Stéphane Séjourné, Adrián Vázquez Lázara

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 62 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(62a) Die Praxis der sehr großen Online-Plattformen, Werbung mit von Nutzern hochgeladenen Inhalten zu verbinden, könnte indirekt zur Monetarisierung und Förderung illegaler Inhalte oder von Inhalten führen, die gegen ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen verstoßen, und das Markenimage der Käufer von Werbeflächen erheblich beschädigen. Um eine solche Praxis zu verhindern, sollten sehr große Online-Plattformen – auch durch standardmäßige vertragliche Garantien für die Käufer von Werbeflächen – sicherstellen, dass die Inhalte, mit denen sie Werbung verbinden, legal sind und ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen entsprechen. Darüber hinaus sollten sehr große Online-Plattformen es den Werbetreibenden ermöglichen, direkten Zugang zu den Ergebnissen der unabhängig durchgeführten Prüfungen zu erhalten, in deren Rahmen die Verpflichtungen und Instrumente der Plattformen für den Schutz des Markenimage der Käufer von Werbeflächen („Markensicherheit“) bewertet werden.

Or. en

Änderungsantrag 279

Axel Voss, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 63

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme **sind** mit besonderen Risiken verbunden und

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme **können** mit besonderen Risiken verbunden

machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, ***insbesondere was gezielte Werbung betrifft.***

sein und eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich ***machen.*** Sehr große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten.

Or. en

Änderungsantrag 280

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 63

Vorschlag der Kommission

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive

Geänderter Text

(63) Von sehr großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Sehr große Online-Plattformen sollten Archive

für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft.

für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft. ***Darüber hinaus sollten sehr große Online-Plattformen alle bekannten Deepfakes, darunter Videos, Audiodateien und andere Dateien, kennzeichnen.***

Or. en

Änderungsantrag 281 **Emmanuel Maurel**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 63**

Vorschlag der Kommission

(63) Von **sehr** großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. **Sehr** große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken

Geänderter Text

(63) Von großen Online-Plattformen genutzte Werbesysteme sind mit besonderen Risiken verbunden und machen angesichts ihres Umfangs und der Tatsache, dass sie die Nutzer auf der Grundlage ihres Verhaltens innerhalb und außerhalb der Online-Schnittstelle der Plattform gezielt erreichen können, eine weitergehende öffentliche und regulatorische Aufsicht erforderlich. Große Online-Plattformen sollten Archive für Werbung, die auf ihren Online-Schnittstellen angezeigt wird, öffentlich zugänglich machen, um die Aufsicht und die Forschung zu neu entstehenden Risiken

im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft.

im Zusammenhang mit der Online-Verbreitung von Werbung zu unterstützen; dies betrifft etwa illegale Werbung oder manipulative Techniken und Desinformation mit realen und absehbaren negativen Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit, den gesellschaftlichen Diskurs, die politische Teilhabe und die Gleichbehandlung. Die Archive sollten den Inhalt der Werbung sowie damit verbundene Daten zum Werbetreibenden und zur Bereitstellung der Werbung enthalten, insbesondere was gezielte Werbung betrifft.

Or. fr

Änderungsantrag 282

Axel Voss, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 64

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer

Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. **Alle Bestimmungen über den** Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für **die Bereitstellung von Informationen oder** die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher **und gegebenenfalls für Forschungsprojekte** zugänglich zu machen. **Sämtliche Ersuchen um Bereitstellung von Informationen oder** Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Or. en

Änderungsantrag 283

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 64

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise

und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen, **der sich aus den in dieser Verordnung enthaltenen Bedingungen zusammensetzt**. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Or. en

Änderungsantrag 284 **Stéphane Séjourné**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 64**

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission

Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, **wie beispielsweise die Verbreitung illegaler Inhalte und die Verstärkung schädlicher Inhalte**, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von algorithmischen Systemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Or. en

Änderungsantrag 285
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 64

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch **sehr** große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser **Daten** verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten, **den Algorithmen** oder die Meldung dieser **Elemente** verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Or. fr

Änderungsantrag 286

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 64

Vorschlag der Kommission

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die **mit den Systemen** der Plattform **verbundenen Risiken und mögliche Schäden** zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die **über die Systeme** der Plattform **verbreiteten illegalen Inhalte** zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Änderungsantrag 287**Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton****Vorschlag für eine Verordnung****Erwägung 64***Vorschlag der Kommission*

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können **der** Koordinator für digitale Dienste **am** **Niederlassungsort** oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen

Geänderter Text

(64) Im Interesse einer angemessenen Überwachung der Erfüllung der Pflichten aus dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen können **ein** Koordinator für digitale Dienste oder die Kommission Zugang zu bestimmten Daten oder die Meldung dieser Daten verlangen. Dazu können beispielsweise Daten zählen, die erforderlich sind, um die mit den Systemen der Plattform verbundenen Risiken und mögliche Schäden zu bewerten, sowie Daten zur Genauigkeit, Funktionsweise und Prüfung von Algorithmensystemen für die Moderation von Inhalten, Empfehlungs- oder Werbesysteme oder Daten zu Verfahren und Ergebnissen der Moderation von Inhalten oder von internen Beschwerdemanagementsystemen im Sinne dieser Verordnung. Untersuchungen von Forscherinnen und Forschern zur Entwicklung und Bedeutung systemischer Online-Risiken sind von besonderer Bedeutung, um Informationsasymmetrien zu beseitigen, für ein resilientes Risikominderungssystem zu sorgen und Informationen für Online-Plattformen, Koordinatoren für digitale Dienste, andere zuständige Behörden, die Kommission und die Öffentlichkeit bereitzustellen. Diese Verordnung enthält daher einen Rahmen für die Verpflichtung, die Daten sehr großer Online-Plattformen für zugelassene Forscherinnen und Forscher zugänglich zu machen. Alle Bestimmungen über den Zugang zu Daten innerhalb dieses Rahmens sollten verhältnismäßig sein und Rechte und legitime Interessen angemessen

schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

schützen, darunter Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen der Plattform und sonstiger Beteiligter, einschließlich der Nutzer.

Or. en

Änderungsantrag 288 Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 65

Vorschlag der Kommission

(65) Angesichts der Komplexität der Funktionsweise der genutzten Systeme und der mit ihnen verbundenen systemischen Risiken für die Gesellschaft sollten sehr große Online-Plattformen Compliance-Beauftragte ernennen, die über die erforderlichen Qualifikationen verfügen sollten, Maßnahmen umzusetzen und die Einhaltung dieser Verordnung innerhalb der Organisation der Plattform zu überwachen. **Sehr** große Online-Plattformen sollten sicherstellen, dass der/die **Compliance-Beauftragte** ordnungsgemäß und frühzeitig in alle mit dieser Verordnung zusammenhängenden Fragen eingebunden wird. Angesichts der zusätzlichen Risiken im Zusammenhang mit ihren Tätigkeiten und ihren zusätzlichen Pflichten im Rahmen dieser Verordnung sollten die übrigen Transparenzanforderungen dieser Verordnung durch zusätzliche Transparenzanforderungen ergänzt werden, die speziell für sehr große Online-Plattformen gelten, insbesondere durch die Pflicht zur Berichterstattung über die vorgenommenen Risikobewertungen und die anschließend gemäß dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen.

Geänderter Text

(65) Angesichts der Komplexität der Funktionsweise der genutzten Systeme und der mit ihnen verbundenen systemischen Risiken für die Gesellschaft sollten sehr große Online-Plattformen Compliance-Beauftragte ernennen, die über die erforderlichen Qualifikationen verfügen sollten, Maßnahmen umzusetzen und die Einhaltung dieser Verordnung innerhalb der Organisation der Plattform zu überwachen. Große Online-Plattformen sollten sicherstellen, dass der/die **Compliance-Beauftragte** ordnungsgemäß und frühzeitig in alle mit dieser Verordnung zusammenhängenden Fragen eingebunden wird. Angesichts der zusätzlichen Risiken im Zusammenhang mit ihren Tätigkeiten und ihren zusätzlichen Pflichten im Rahmen dieser Verordnung sollten die übrigen Transparenzanforderungen dieser Verordnung durch zusätzliche Transparenzanforderungen ergänzt werden, die speziell für sehr große Online-Plattformen gelten, insbesondere durch die Pflicht zur Berichterstattung über die vorgenommenen Risikobewertungen und die anschließend gemäß dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen.

Or. fr

Änderungsantrag 289
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 65 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(65a) Mindestanforderungen an die Interoperabilität für sehr große Online-Plattformen können neue Möglichkeiten für die Entwicklung innovativer Dienste schaffen, den Lock-in-Effekt geschlossener Plattformen überwinden und Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten für die Nutzer sicherstellen. Diese Anforderungen sollten eine plattformübergreifende Interaktion mit den Nutzern ermöglichen. Sehr große Online-Plattformen sollten eine Anwendungsprogrammierschnittstelle bereitstellen, über die Plattformen von Drittanbietern und deren Nutzer mit den Hauptfunktionalitäten und Nutzern der Plattform interagieren können. Zu den wichtigsten Hauptfunktionen kann die Möglichkeit gehören, Informationen von bestimmten Konten zu erhalten, bereitgestellte Inhalte zu teilen und darauf zu reagieren. Die Interoperabilitätsanforderungen hindern die Plattformen nicht daran, ihren Nutzern zusätzliche und neue Funktionen anzubieten.

Or. en

Begründung

Erwägungsgrund zur Erläuterung von Artikel 33a über die Interoperabilität, wie im Entwurf der Stellungnahme vorgeschlagen.

Änderungsantrag 290

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose, Brando Benifei

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 65 a (neu)

(65a) Die Nutzer sind aufgrund von Netz-Effekten oft an bestehende Plattformen gebunden, was ihre Wahlmöglichkeiten erheblich einschränkt. Um den Nutzern die freie Wahl zwischen verschiedenen Diensten zu erleichtern, ist es daher wichtig, die Interoperabilität von branchenüblichen Funktionen sehr großer Online-Plattformen in Betracht zu ziehen, wie beispielsweise zentrale Nachrichtenfunktionen oder Bildfreigabedienste. Eine solche Interoperabilität würde es den Nutzern ermöglichen, einen Dienst auf der Grundlage seiner Funktionen und Merkmale wie Sicherheit, Schutz der Privatsphäre und Datenverarbeitungsstandards zu wählen und nicht auf der Grundlage der bestehenden Nutzerbasis.

Or. en

**Änderungsantrag 291
Emmanuel Maurel**

**Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 66**

Vorschlag der Kommission

(66) Zur Erleichterung einer wirksamen und einheitlichen Anwendung der Pflichten aus dieser Verordnung, für deren Umsetzung möglicherweise technische Instrumente erforderlich sind, ist es wichtig, freiwillige **Branchennormen**, die bestimmte technische Verfahren umfassen, zu unterstützen, **soweit die Industrie dazu beitragen kann, genormte Instrumente** für die Einhaltung dieser Verordnung zu **entwickeln**, z. B. durch die Möglichkeit, Mitteilungen etwa über Anwendungsprogrammierschnittstellen zu

Geänderter Text

(66) Zur Erleichterung einer wirksamen und einheitlichen Anwendung der Pflichten aus dieser Verordnung, für deren Umsetzung möglicherweise technische Instrumente erforderlich sind, ist es wichtig, freiwillige **Normen**, die bestimmte technische Verfahren umfassen, zu unterstützen, **um** für die Einhaltung dieser Verordnung zu **sorgen**, z. B. durch die Möglichkeit, Mitteilungen etwa über Anwendungsprogrammierschnittstellen zu übermitteln, oder durch eine bessere Interoperabilität von Werbearchiven.

übermitteln, oder durch eine bessere Interoperabilität von Werbearchiven. Besonders für relativ kleine Anbieter von Vermittlungsdiensten könnten solche Normen nützlich sein. Bei den Normen könnte **gegebenenfalls** zwischen verschiedenen Arten illegaler Inhalte oder verschiedenen Arten von Vermittlungsdiensten unterschieden werden.

Besonders für relativ kleine Anbieter von Vermittlungsdiensten könnten solche Normen nützlich sein. Bei den Normen könnte **fallweise** zwischen verschiedenen Arten illegaler Inhalte oder verschiedenen Arten von Vermittlungsdiensten unterschieden werden.

Or. fr

Änderungsantrag 292

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 66

Vorschlag der Kommission

(66) Zur Erleichterung einer wirksamen und einheitlichen Anwendung der Pflichten aus dieser Verordnung, für deren Umsetzung möglicherweise technische Instrumente erforderlich sind, ist es wichtig, freiwillige Branchennormen, die bestimmte technische Verfahren umfassen, zu unterstützen, soweit die Industrie dazu beitragen kann, genormte Instrumente für die Einhaltung dieser Verordnung zu entwickeln, z. B. durch die Möglichkeit, Mitteilungen etwa über Anwendungsprogrammierschnittstellen zu übermitteln, oder durch eine bessere Interoperabilität **von Werbearchiven**. Besonders für relativ kleine Anbieter von Vermittlungsdiensten könnten solche Normen nützlich sein. Bei den Normen könnte gegebenenfalls zwischen verschiedenen Arten illegaler Inhalte oder verschiedenen Arten von Vermittlungsdiensten unterschieden werden.

Geänderter Text

(66) Zur Erleichterung einer wirksamen und einheitlichen Anwendung der Pflichten aus dieser Verordnung, für deren Umsetzung möglicherweise technische Instrumente erforderlich sind, ist es wichtig, freiwillige Branchennormen, die bestimmte technische Verfahren umfassen, zu unterstützen, soweit die Industrie dazu beitragen kann, genormte Instrumente für die Einhaltung dieser Verordnung zu entwickeln, z. B. durch die Möglichkeit, Mitteilungen etwa über Anwendungsprogrammierschnittstellen zu übermitteln, oder durch eine bessere Interoperabilität. Besonders für relativ kleine Anbieter von Vermittlungsdiensten könnten solche Normen nützlich sein. Bei den Normen könnte gegebenenfalls zwischen verschiedenen Arten illegaler Inhalte oder verschiedenen Arten von Vermittlungsdiensten unterschieden werden.

Or. en

Änderungsantrag 293
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 67

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

entfällt

Or. fr

Änderungsantrag 294
Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 67

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes *sollte* messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes *muss* messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den

Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. ***Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten.*** Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

Or. en

Änderungsantrag 295 **Stéphane Séjourné**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 67**

Vorschlag der Kommission

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des

Geänderter Text

(67) Die Kommission und das Gremium sollten die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung ***sowie die Einhaltung der Bestimmungen dieser Verhaltenskodizes durch die Online-Plattformen*** fördern. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die

Gremiums anzuwenden.

Leitlinien der Kommission und des
Gremiums anzuwenden.

Or. en

Änderungsantrag 296
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 67

Vorschlag der Kommission

(67) Die Kommission und das Gremium **sollten** die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

Geänderter Text

(67) Die Kommission und das Gremium **können** die Erstellung von Verhaltenskodizes als Beitrag zur Anwendung dieser Verordnung fördern. Die Umsetzung der Verhaltenskodizes sollte messbar sein und der öffentlichen Aufsicht unterliegen, doch sollte dies den Freiwilligkeitscharakter dieser Kodizes und die Wahlfreiheit der Interessenträger hinsichtlich ihrer Beteiligung nicht beeinträchtigen. Unter bestimmten Umständen kann es wichtig sein, dass sehr große Online-Plattformen bestimmte Verhaltenskodizes gemeinsam erstellen und diese einhalten. Diese Verordnung hält andere Anbieter in keiner Weise davon ab, durch Beteiligung an denselben Verhaltenskodizes dieselben Sorgfaltsstandards einzuhalten, bewährte Verfahren zu übernehmen und die Leitlinien der Kommission und des Gremiums anzuwenden.

Or. en

Änderungsantrag 297
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 68

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

entfällt

Or. fr

**Änderungsantrag 298
Patrick Breyer**

**Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 68**

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere **sollten** Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots **oder Scheinkonten** für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. ***In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.***

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere **können** Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind.

Or. en

Änderungsantrag 299
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 68

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots oder Scheinkonten für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

(68) In dieser Verordnung sollten bestimmte Bereiche bestimmt werden, die für solche Verhaltenskodizes in Betracht kommen. Insbesondere sollten Risikominderungsmaßnahmen für bestimmte Arten illegaler Inhalte Gegenstand von Selbst- und Koregulierungsvereinbarungen sein. Ein weiteres relevantes Thema sind die möglichen negativen Auswirkungen systemischer Risiken auf Gesellschaft und Demokratie, etwa aufgrund von Desinformation, **schädlichem Inhalt** oder manipulativen und missbräuchlichen Tätigkeiten. Dazu zählen koordinierte Tätigkeiten zur Verstärkung von Informationen einschließlich Desinformation, etwa durch Nutzung von Bots für die Erstellung falscher oder irreführender Informationen, die mitunter auch mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden sein können und für schutzbedürftige Nutzer wie z. B. Kinder besonders schädlich sind. In diesen Bereichen kann die Beteiligung einer sehr großen Online-Plattform an einem Verhaltenskodex und dessen Einhaltung als geeignete Risikominderungsmaßnahme angesehen werden. Weigert sich eine Online-Plattform ohne angemessene Begründung, sich auf Aufforderung der Kommission an der Anwendung eines solchen Verhaltenskodex zu beteiligen, könnte dies hinsichtlich möglicher Zuwiderhandlungen der Online-Plattform im Rahmen dieser Verordnung berücksichtigt werden.

Or. en

Änderungsantrag 300
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 69

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. Wie im Aktionsplan für Demokratie angekündigt, wird die Kommission Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation herausgeben.

entfällt

Or. fr

Änderungsantrag 301

Axel Voss, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal, Daniel Buda

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 69

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. Wie im Aktionsplan für Demokratie angekündigt,

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet.

wird die Kommission Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation herausgeben.

Or. en

Änderungsantrag 302
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 69

Vorschlag der Kommission

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. ***Wie im Aktionsplan für Demokratie angekündigt, wird die Kommission Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation herausgeben.***

Geänderter Text

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation.

Or. en

Änderungsantrag 303
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 69

Vorschlag der Kommission

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung

Geänderter Text

(69) Die Bestimmungen über Verhaltenskodizes in dieser Verordnung

könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. Wie im Aktionsplan für Demokratie angekündigt, **wird** die Kommission Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation **herausgeben**.

könnten als Grundlage für bereits bestehende Selbstregulierungsmaßnahmen auf Unionsebene dienen, darunter die Verpflichtungserklärung für mehr Produktsicherheit („Product Safety Pledge“), die gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter, der Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet sowie der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation. Wie im Aktionsplan für Demokratie angekündigt, **hat** die Kommission **im Mai 2021** Leitlinien zur Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation **herausgegeben**.

Or. en

Änderungsantrag 304 **Emmanuel Maurel**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 70**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(70) An der Bereitstellung von Online-Werbung sind im Allgemeinen mehrere Akteure beteiligt, darunter Vermittlungsdienste, die die Werbetreibenden mit dem Anbieter, der die Werbung veröffentlicht, zusammenbringen. Die Verhaltenskodizes sollten die für Werbung festgelegten Transparenzpflichten von Online-Plattformen und sehr großen Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung unterstützen und ergänzen, um für flexible und wirksame Mechanismen zur Unterstützung und Verbesserung der Einhaltung dieser Pflichten zu sorgen, insbesondere was die Modalitäten für die Übermittlung der relevanten Informationen betrifft. Durch die Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern sollte sichergestellt sein, dass diese Verhaltenskodizes breite

entfällt

Unterstützung erfahren, technisch solide und wirksam sind und höchsten Standards hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit entsprechen, damit die Ziele der Transparenzpflichten erreicht werden.

Or. fr

Änderungsantrag 305

Axel Voss, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal, Daniel Buda

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 70

Vorschlag der Kommission

(70) An der Bereitstellung von Online-Werbung sind im Allgemeinen mehrere Akteure beteiligt, darunter Vermittlungsdienste, die die Werbetreibenden mit dem Anbieter, der die Werbung veröffentlicht, zusammenbringen. Die Verhaltenskodizes sollten die für Werbung festgelegten Transparenzpflichten von Online-Plattformen und sehr großen Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung unterstützen und ergänzen, um für flexible und wirksame Mechanismen zur Unterstützung und Verbesserung der Einhaltung dieser Pflichten zu sorgen, ***insbesondere was die Modalitäten für die Übermittlung der relevanten Informationen betrifft.*** Durch die Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern sollte sichergestellt sein, dass diese Verhaltenskodizes breite Unterstützung erfahren, technisch solide und wirksam sind und höchsten Standards hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit entsprechen, damit die Ziele der Transparenzpflichten erreicht werden.

Geänderter Text

(70) An der Bereitstellung von Online-Werbung sind im Allgemeinen mehrere Akteure beteiligt, darunter Vermittlungsdienste, die die Werbetreibenden mit dem Anbieter, der die Werbung veröffentlicht, zusammenbringen. Die Verhaltenskodizes sollten die für Werbung festgelegten Transparenzpflichten von Online-Plattformen und sehr großen Online-Plattformen gemäß dieser Verordnung unterstützen und ergänzen, um für flexible und wirksame Mechanismen zur Unterstützung und Verbesserung der Einhaltung dieser Pflichten zu sorgen. Durch die Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern sollte sichergestellt sein, dass diese Verhaltenskodizes breite Unterstützung erfahren, technisch solide und wirksam sind und höchsten Standards hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit entsprechen, damit die Ziele der Transparenzpflichten erreicht werden.

Or. en

Änderungsantrag 306
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 71

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu **entfällt**

überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

Or. fr

Änderungsantrag 307

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 71

Vorschlag der Kommission

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen

Geänderter Text

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission **in Zusammenarbeit mit dem Gremium** zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene sollten diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die getroffenen Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten

und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

mit dieser Verordnung im Einklang stehen.

Or. en

Änderungsantrag 308 **Patrick Breyer**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 71**

Vorschlag der Kommission

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene **sollten** diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die betroffenen

Geänderter Text

(71) Falls außergewöhnliche Umstände Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit haben, kann die Kommission zur Erstellung von Krisenprotokollen auffordern, um eine rasche, kollektive und grenzüberschreitende Reaktion im Online-Umfeld zu koordinieren. Außergewöhnliche Umstände können jedes unvorhersehbare Ereignis wie z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Pandemien und andere ernste grenzüberschreitende Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit sowie Krieg und terroristische Handlungen umfassen, bei denen Online-Plattformen z. B. für eine schnelle Verbreitung von illegalen Inhalten oder Desinformation missbraucht werden können oder eine rasche Verbreitung verlässlicher Informationen erforderlich ist. Angesichts der wichtigen Rolle sehr großer Online-Plattformen bei der Verbreitung von Informationen auf gesellschaftlicher und internationaler Ebene **können** diese Plattformen dazu aufgefordert werden, spezielle Krisenprotokolle zu erstellen und anzuwenden. Solche Krisenprotokolle sollten nur für einen begrenzten Zeitraum aktiviert werden, und die betroffenen

Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

Maßnahmen sollten sich auf das für die Bewältigung der außergewöhnlichen Umstände absolut notwendige Maß beschränken. Diese Maßnahmen sollten mit dieser Verordnung im Einklang stehen und nicht zu einer allgemeinen Verpflichtung der teilnehmenden sehr großen Online-Plattformen führen, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Fakten oder Umständen zu forschen, die auf illegale Inhalte hindeuten.

Or. en

Änderungsantrag 309

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 71 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(71a) „Soft Law“-Instrumente wie Verhaltenskodizes und Krisenprotokolle können eine Gefahr für die Grundrechte darstellen, da sie im Gegensatz zu Rechtsvorschriften keiner demokratischen Kontrolle unterliegen und ihre Einhaltung der Grundrechte nicht gerichtlich überprüft werden kann. Für die Verbesserung der Rechenschaftspflicht, der Beteiligung und der Transparenz sind Verfahrensgarantien für die Erstellung von Verhaltenskodizes und Krisenprotokollen erforderlich.

Or. en

Änderungsantrag 310

Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 73

(73) Angesichts der grenzüberschreitenden Natur der relevanten Dienste und des breiten Spektrums der mit dieser Verordnung eingeführten Pflichten sollte die mit der Überwachung der Anwendung und erforderlichenfalls der Durchsetzung dieser Verordnung betraute Behörde in jedem Mitgliedstaat als Koordinator für digitale Dienste benannt werden. Ist mehr als eine zuständige Behörde mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut, sollte dennoch nur eine Behörde in diesem Mitgliedstaat als Koordinator für digitale Dienste benannt werden. Der Koordinator für digitale Dienste sollte hinsichtlich aller Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Anwendung dieser Verordnung als zentrale Kontaktstelle für die Kommission, das Gremium, die Koordinatoren für digitale Dienste der anderen Mitgliedstaaten sowie für andere zuständige Behörden des jeweiligen Mitgliedstaates fungieren. Wurden in einem bestimmten Mitgliedstaat mehrere zuständige Behörden mit Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung betraut, sollte sich der Koordinator für digitale Dienste im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften bei der Festlegung der jeweiligen Aufgaben mit diesen Behörden abstimmen und mit ihnen zusammenarbeiten und für eine wirksame Beteiligung aller relevanten Behörden an der Überwachung und Durchsetzung auf Unionsebene sorgen.

(73) Angesichts der grenzüberschreitenden Natur der relevanten Dienste und des breiten Spektrums der mit dieser Verordnung eingeführten Pflichten sollte die mit der Überwachung der Anwendung und erforderlichenfalls der Durchsetzung dieser Verordnung betraute Behörde in jedem Mitgliedstaat als Koordinator für digitale Dienste benannt werden. Ist mehr als eine zuständige Behörde mit der Anwendung und Durchsetzung dieser Verordnung betraut, sollte dennoch nur eine Behörde in diesem Mitgliedstaat als Koordinator für digitale Dienste benannt werden. Der Koordinator für digitale Dienste sollte hinsichtlich aller Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Anwendung dieser Verordnung als zentrale Kontaktstelle für die Kommission, das Gremium, die Koordinatoren für digitale Dienste der anderen Mitgliedstaaten sowie für andere zuständige Behörden des jeweiligen Mitgliedstaates fungieren. Wurden in einem bestimmten Mitgliedstaat mehrere zuständige Behörden mit Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung betraut, sollte sich der Koordinator für digitale Dienste im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften bei der Festlegung der jeweiligen Aufgaben mit diesen Behörden abstimmen und mit ihnen zusammenarbeiten und für eine wirksame Beteiligung aller relevanten Behörden, ***insbesondere der von der Regulierung der Medien unabhängigen nationalen Behörden***, an der Überwachung und Durchsetzung auf Unionsebene sorgen.

Or. fr

Änderungsantrag 311
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 74

(74) Der Koordinator für digitale Dienste und andere gemäß dieser Verordnung benannte zuständige Behörden spielen eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Wirksamkeit der Rechte und Pflichten aus dieser Verordnung und bei der Verwirklichung ihrer Ziele. Daher muss sichergestellt werden, dass diese Behörden völlig unabhängig von privaten und öffentlichen Einrichtungen handeln und keine Verpflichtung oder Möglichkeit besteht, Anweisungen, auch von der Regierung, einzuholen oder entgegenzunehmen, unbeschadet der spezifischen Pflichten zur Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden, dem Koordinator für digitale Dienste, dem Gremium und der Kommission. Andererseits sollte die Unabhängigkeit dieser Behörden nicht bedeuten, dass sie keinen nationalen Kontroll- oder Überwachungsmechanismen hinsichtlich ihrer finanziellen Ausgaben oder keiner gerichtlichen Überprüfung unterliegen können oder keine Möglichkeit haben, andere nationale Behörden wie z. B. **Strafverfolgungsbehörden oder Krisenmanagementbehörden** zu konsultieren, soweit dies mit der nationalen Verfassung im Einklang steht und die Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung nicht beeinträchtigt.

(74) Der Koordinator für digitale Dienste und andere gemäß dieser Verordnung benannte zuständige Behörden spielen eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Wirksamkeit der Rechte und Pflichten aus dieser Verordnung und bei der Verwirklichung ihrer Ziele. Daher muss sichergestellt werden, dass diese Behörden völlig unabhängig von privaten und öffentlichen Einrichtungen handeln und keine Verpflichtung oder Möglichkeit besteht, Anweisungen, auch von der Regierung, einzuholen oder entgegenzunehmen, unbeschadet der spezifischen Pflichten zur Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Behörden, dem Koordinator für digitale Dienste, dem Gremium und der Kommission. Andererseits sollte die Unabhängigkeit dieser Behörden nicht bedeuten, dass sie keinen nationalen Kontroll- oder Überwachungsmechanismen hinsichtlich ihrer finanziellen Ausgaben oder keiner gerichtlichen Überprüfung unterliegen können oder keine Möglichkeit haben, andere nationale Behörden wie z. B. **die für den Verbraucherschutz, die Marktüberwachung, den Datenschutz, die Anwendung der Rechtsvorschriften oder das Krisenmanagement zuständigen Behörden** zu konsultieren, soweit dies mit der nationalen Verfassung im Einklang steht und die Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung nicht beeinträchtigt.

Or. fr

Änderungsantrag 312

Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 76

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen der Kapitel III und IV durch zuständige nationale Behörden unterliegen. **Anbieter sollten der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle ausgeübt werden. Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienste in der Union erbringen und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sollten angesichts der Funktion der Rechtsvertreter im Rahmen dieser Verordnung der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sie ihren Rechtsvertreter bestellt haben. Im Interesse einer wirksamen Anwendung dieser Verordnung sollten jedoch alle Mitgliedstaaten zuständig sein, wenn Anbieter keinen Rechtsvertreter benannt haben, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (ne bis in idem) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren.**

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich, zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen der Kapitel III und IV durch zuständige nationale Behörden unterliegen.

Mit Ausnahme von Beschwerden und Gerichtsverfahren, an denen Verbraucher beteiligt sind oder die von Verbrauchern oder von sie vertretenden unabhängigen Organisationen oder von Unternehmen oder Schöpfern, die die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums fordern, erhoben werden, sollte ein Anbieter der

rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz in der Union hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle der Einhaltung dieser Verordnung ausgeübt werden. Die Hauptniederlassung eines Anbieters von Vermittlungsdiensten sollte anhand objektiver Kriterien bestimmt werden und die tatsächliche und wirkliche Durchführung von Verwaltungstätigkeiten umfassen, bei der die wichtigsten Entscheidungen über die Bekämpfung illegaler Online-Inhalte und -Aktivitäten und die Einhaltung dieser Verordnung in der Union getroffen werden. Die Behörden in dem Mitgliedstaat bzw. den Mitgliedstaaten, in dem bzw. denen die Verbraucher betroffen sind, sind für die Durchsetzung dieser Verordnung zuständig. Im Interesse einer wirksamen und zügigen Anwendung dieser Verordnung sollten alle Mitgliedstaaten für Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, zuständig sein, unabhängig davon, wo sie einen gesetzlichen Vertreter bestellen, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (ne bis in idem) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren und diese Maßnahmen veröffentlichen.

Or. fr

Änderungsantrag 313
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 76

Vorschlag der Kommission

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen der Kapitel III und IV durch zuständige nationale Behörden unterliegen. Anbieter sollten der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle ausgeübt werden. Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienste in der Union erbringen und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sollten angesichts der Funktion der Rechtsvertreter im Rahmen dieser Verordnung der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sie ihren Rechtsvertreter bestellt haben. Im Interesse einer wirksamen Anwendung dieser Verordnung sollten jedoch alle Mitgliedstaaten zuständig sein, wenn Anbieter keinen Rechtsvertreter benannt haben, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (*ne bis in idem*) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren.

Geänderter Text

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen der Kapitel III und IV durch zuständige nationale Behörden unterliegen. Anbieter sollten der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle ausgeübt werden. Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienste in der Union erbringen und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sollten angesichts der Funktion der Rechtsvertreter im Rahmen dieser Verordnung der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sie ihren Rechtsvertreter bestellt haben. Im Interesse einer wirksamen Anwendung dieser Verordnung sollten jedoch alle Mitgliedstaaten zuständig sein, wenn Anbieter keinen Rechtsvertreter benannt haben, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (*ne bis in idem*) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren. ***Um einen wirksamen Schutz der Rechte der Unionsbürger sicherzustellen, der den unterschiedlichen nationalen Rechtsvorschriften und dem unterschiedlichen soziokulturellen Kontext in den einzelnen Ländern Rechnung trägt, sollte ein Mitgliedstaat***

die gerichtliche Zuständigkeit ausüben, wenn es sich um von sehr großen Online-Plattformen angebotene Online-Dienste sozialer Netzwerke handelt, die Dienste für eine erhebliche Anzahl von Nutzern in einem bestimmten Mitgliedstaat anbieten. Die gerichtliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten ist besonders wichtig im Falle sehr großer Online-Plattformen, die zu den sozialen Netzwerken gehören, da sie eine zentrale Rolle bei der Erleichterung der öffentlichen Debatte spielen.

Or. en

Änderungsantrag 314

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 76

Vorschlag der Kommission

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen der Kapitel III und IV durch zuständige nationale Behörden unterliegen. Anbieter sollten der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle ausgeübt werden. Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienste in der Union erbringen und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sollten angesichts der Funktion der Rechtsvertreter im Rahmen dieser Verordnung der rechtlichen Zuständigkeit

Geänderter Text

(76) Da Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht generell verpflichtet sind, für eine physische Präsenz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu sorgen, ist es erforderlich zu klären, welcher rechtlichen Zuständigkeit diese Anbieter bei der Durchsetzung von Bestimmungen der Kapitel III und IV **und der Artikel 8 und 9** durch zuständige nationale Behörden unterliegen. Anbieter sollten der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sich ihre Hauptniederlassung befindet, d. h. in dem der Anbieter seine Hauptverwaltung oder seinen eingetragenen Sitz hat, an dem die wichtigsten finanziellen Funktionen und die operative Kontrolle ausgeübt werden. Anbieter, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienste in der Union erbringen und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sollten angesichts der Funktion der Rechtsvertreter im Rahmen dieser

des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sie ihren Rechtsvertreter bestellt haben. Im Interesse einer wirksamen Anwendung dieser Verordnung sollten jedoch alle Mitgliedstaaten zuständig sein, wenn Anbieter keinen Rechtsvertreter benannt haben, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (ne bis in idem) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren.

Verordnung der rechtlichen Zuständigkeit des Mitgliedstaates unterliegen, in dem sie ihren Rechtsvertreter bestellt haben. Im Interesse einer wirksamen Anwendung dieser Verordnung sollten jedoch alle Mitgliedstaaten zuständig sein, wenn Anbieter keinen Rechtsvertreter benannt haben, sofern das Verbot der doppelten Strafverfolgung (ne bis in idem) eingehalten wird. Zu diesem Zweck sollte jeder Mitgliedstaat bei der Ausübung rechtlicher Zuständigkeiten für diese Anbieter alle anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über die dabei getroffenen Maßnahmen informieren.

Or. en

Änderungsantrag 315

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 76 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(76a) In Bezug auf sehr große Online-Plattformen, die Dienstleistungen in der Union anbieten und daher in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, sind die Mitgliedstaaten zuständig, in denen natürliche Personen oder Vertretungsorganisationen ihre Dienstleistungen erhalten haben, unbeschadet der einschlägigen Verbraucherschutzgerichtsbarkeit nach nationalem und europäischem Recht.

Or. en

Änderungsantrag 316

Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 77

(77) Die Mitgliedstaaten sollten dem Koordinator für digitale Dienste und jeder anderen im Rahmen dieser Verordnung benannten zuständigen Behörde ausreichende Befugnisse und Mittel zuweisen, um die Wirksamkeit der Untersuchungen und Durchsetzung sicherzustellen. Insbesondere sollte der Koordinator für digitale Dienste Informationen, die sich in seinem Gebiet befinden, ermitteln und einholen können, auch im Rahmen gemeinsamer Untersuchungen, wobei der Tatsache angemessen Rechnung zu tragen ist, dass Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Anbieter, die der rechtlichen Zuständigkeit eines *anderes* Mitgliedstaates unterliegen, vom Koordinator für digitale Dienste dieses anderen Mitgliedstaates, gegebenenfalls im Einklang mit den Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, beschlossen werden sollten.

(77) Die Mitgliedstaaten sollten dem Koordinator für digitale Dienste und jeder anderen im Rahmen dieser Verordnung benannten zuständigen Behörde ausreichende Befugnisse und Mittel zuweisen, um die Wirksamkeit der Untersuchungen und Durchsetzung sicherzustellen. Insbesondere sollte der Koordinator für digitale Dienste Informationen, die sich in seinem Gebiet befinden, ermitteln und einholen können, auch im Rahmen gemeinsamer Untersuchungen, wobei der Tatsache angemessen Rechnung zu tragen ist, dass Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf Anbieter, die der rechtlichen Zuständigkeit eines *anderen* Mitgliedstaates unterliegen, vom Koordinator für digitale Dienste dieses anderen Mitgliedstaates, gegebenenfalls im Einklang mit den Verfahren für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, beschlossen werden sollten. ***Die Mitgliedstaaten sollten in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen, Ämtern und Agenturen der Union auch spezielle Schulungen für die zuständigen nationalen Behörden, insbesondere die Verwaltungsbehörden, in Erwägung ziehen, die für die Anordnung von Maßnahmen gegen illegale Inhalte und die Bereitstellung von Informationen zuständig sind.***

Or. en

Änderungsantrag 317

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 78

(78) Die Mitgliedstaaten sollten in ihrem nationalen Recht die Bedingungen und

(78) Die Mitgliedstaaten sollten in ihrem nationalen Recht die Bedingungen und

Grenzen der Ausübung der Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse ihrer Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden im Rahmen dieser Verordnung detailliert festlegen und dabei die Bestimmungen des Unionsrechts, insbesondere dieser Verordnung und der Charta, einhalten.

Grenzen der Ausübung der Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse ihrer Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden im Rahmen dieser Verordnung detailliert festlegen und dabei die Bestimmungen des Unionsrechts, insbesondere dieser Verordnung und der Charta, einhalten. ***Um die Kohärenz zwischen den Mitgliedstaaten sicherzustellen, sollte die Kommission Leitlinien für die Verfahren und Vorschriften im Zusammenhang mit den Befugnissen der Koordinatoren für digitale Dienste annehmen.***

Or. en

Änderungsantrag 318

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 81

Vorschlag der Kommission

(81) Im Interesse einer wirksamen Durchsetzung dieser Verordnung sollten natürliche Personen oder Vertretungsorganisationen in dem Hoheitsgebiet, in dem sie die Dienstleistung in Anspruch genommen haben, jede Beschwerde hinsichtlich der Einhaltung dieser Verordnung beim Koordinator für digitale Dienste einreichen können, unbeschadet der Bestimmungen dieser Verordnung über die rechtliche Zuständigkeit. Beschwerden sollten einen faktengetreuen Überblick über die Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Verordnung durch einen bestimmten Anbieter von Vermittlungsdiensten geben und könnten auch Informationen über übergreifende Probleme für den Koordinator für digitale Dienste enthalten. Der Koordinator für digitale Dienste sollte andere zuständige nationale Behörden und, soweit eine grenzüberschreitende

Geänderter Text

(81) Im Interesse einer wirksamen Durchsetzung dieser Verordnung sollten natürliche Personen oder Vertretungsorganisationen in dem Hoheitsgebiet, in dem sie die Dienstleistung in Anspruch genommen haben, jede Beschwerde hinsichtlich der Einhaltung dieser Verordnung beim Koordinator für digitale Dienste einreichen können, unbeschadet der Bestimmungen dieser Verordnung über die rechtliche Zuständigkeit. Beschwerden sollten einen faktengetreuen Überblick über die Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Verordnung durch einen bestimmten Anbieter von Vermittlungsdiensten geben und könnten auch Informationen über übergreifende Probleme für den Koordinator für digitale Dienste enthalten. Der Koordinator für digitale Dienste sollte andere zuständige nationale Behörden und, soweit eine grenzüberschreitende

Zusammenarbeit erforderlich ist, den Koordinator für digitale Dienste eines anderen Mitgliedstaates einbeziehen, insbesondere den Koordinator des Mitgliedstaates, in dem der betreffende Anbieter der Vermittlungsdienste seine Niederlassung hat.

Zusammenarbeit erforderlich ist, den Koordinator für digitale Dienste eines anderen Mitgliedstaates einbeziehen, insbesondere den Koordinator des Mitgliedstaates, in dem der betreffende Anbieter der Vermittlungsdienste seine Niederlassung hat. ***Unabhängig davon, ob der betreffende Fall eine sehr große Online-Plattform betrifft, sollte der nationale Koordinator für digitale Dienste, bei dem die Beschwerde eingegangen ist, in der Lage sein, tätig zu werden und geeignete Maßnahmen im Rahmen dieser Verordnung zu ergreifen.***

Or. en

Änderungsantrag 319 **Karen Melchior**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 85**

Vorschlag der Kommission

(85) Ersucht ein Koordinator für digitale Dienste einen anderen Koordinator für digitale Dienste um Maßnahmen, sollte der ersuchende Koordinator für digitale Dienste oder – falls das Gremium die Prüfung von Angelegenheiten, an denen mehr als **drei** Mitgliedstaaten beteiligt sind, empfohlen hat – das Gremium die Angelegenheit an die Kommission verweisen können, wenn Uneinigkeit hinsichtlich der Bewertungen oder der getroffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen besteht oder keine Maßnahmen vereinbart werden konnten. Die Kommission sollte den zuständigen Koordinator für digitale Dienste anhand der von den betroffenen Behörden bereitgestellten Informationen entsprechend auffordern können, die Angelegenheit neu zu bewerten und innerhalb einer bestimmten Frist die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung der Verordnung

Geänderter Text

(85) Ersucht ein Koordinator für digitale Dienste einen anderen Koordinator für digitale Dienste um Maßnahmen, sollte der ersuchende Koordinator für digitale Dienste oder – falls das Gremium die Prüfung von Angelegenheiten, an denen mehr als **vier** Mitgliedstaaten beteiligt sind, empfohlen hat – das Gremium die Angelegenheit an die Kommission verweisen können, wenn Uneinigkeit hinsichtlich der Bewertungen oder der getroffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen besteht oder keine Maßnahmen vereinbart werden konnten. ***Ist die Kommission der Ansicht, dass der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort dem Ersuchen nicht zumindest teilweise nachgekommen ist oder seine Entscheidung, dem Ersuchen nicht nachzukommen, nicht vollständig begründet hat, sollte sie den zuständigen Koordinator für digitale Dienste anhand der von den betroffenen Behörden***

sicherzustellen. Diese Möglichkeit gilt unbeschadet der allgemeinen Aufgabe der Kommission, die Anwendung des Unionsrechts unter der Kontrolle des Gerichtshofs der Europäischen Union im Einklang mit den Verträgen zu überwachen und erforderlichenfalls durchzusetzen. Trifft der Koordinator für digitale Dienste nach einem solchen Ersuchen keine Maßnahmen, kann die Kommission gemäß Kapitel IV Abschnitt 3 dieser Verordnung eingreifen, wenn es sich bei dem mutmaßlichen Zuwiderhandelnden um eine sehr große Online-Plattform handelt.

bereitgestellten Informationen entsprechend auffordern können, die Angelegenheit neu zu bewerten und innerhalb einer bestimmten Frist die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung der Verordnung sicherzustellen. Diese Möglichkeit gilt unbeschadet der allgemeinen Aufgabe der Kommission, die Anwendung des Unionsrechts unter der Kontrolle des Gerichtshofs der Europäischen Union im Einklang mit den Verträgen zu überwachen und erforderlichenfalls durchzusetzen. Trifft der Koordinator für digitale Dienste nach einem solchen Ersuchen keine Maßnahmen, kann die Kommission gemäß Kapitel IV Abschnitt 3 dieser Verordnung eingreifen, wenn es sich bei dem mutmaßlichen Zuwiderhandelnden um eine sehr große Online-Plattform handelt.

Or. en

Änderungsantrag 320

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 85

Vorschlag der Kommission

(85) Ersucht ein Koordinator für digitale Dienste einen anderen Koordinator für digitale Dienste um Maßnahmen, sollte der ersuchende Koordinator für digitale Dienste oder – falls das Gremium die Prüfung von Angelegenheiten, an denen mehr als drei Mitgliedstaaten beteiligt sind, empfohlen hat – das Gremium die Angelegenheit an die Kommission verweisen können, wenn Uneinigkeit hinsichtlich der Bewertungen oder der getroffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen besteht oder keine Maßnahmen vereinbart werden konnten. Die Kommission sollte den zuständigen Koordinator für digitale Dienste anhand der von den betroffenen Behörden

Geänderter Text

(85) Ersucht ein Koordinator für digitale Dienste einen anderen Koordinator für digitale Dienste um Maßnahmen, sollte der ersuchende Koordinator für digitale Dienste oder – falls das Gremium die Prüfung von Angelegenheiten, an denen mehr als drei Mitgliedstaaten beteiligt sind, empfohlen hat – das Gremium die Angelegenheit an die Kommission verweisen können, wenn Uneinigkeit hinsichtlich der Bewertungen oder der getroffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen besteht oder keine Maßnahmen vereinbart werden konnten. Die Kommission sollte den zuständigen Koordinator für digitale Dienste anhand der von den betroffenen Behörden

bereitgestellten Informationen entsprechend auffordern können, die Angelegenheit neu zu bewerten und innerhalb einer bestimmten Frist die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung der Verordnung sicherzustellen. Diese Möglichkeit gilt unbeschadet der allgemeinen Aufgabe der Kommission, die Anwendung des Unionsrechts unter der Kontrolle des Gerichtshofs der Europäischen Union im Einklang mit den Verträgen zu überwachen und erforderlichenfalls durchzusetzen. Trifft der Koordinator für digitale Dienste nach einem solchen Ersuchen keine Maßnahmen, kann die Kommission gemäß Kapitel IV Abschnitt 3 dieser Verordnung eingreifen, **wenn es sich bei dem mutmaßlichen Zuwiderhandelnden um eine sehr große Online-Plattform handelt.**

bereitgestellten Informationen entsprechend auffordern können, die Angelegenheit neu zu bewerten und innerhalb einer bestimmten Frist die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung der Verordnung sicherzustellen. Diese Möglichkeit gilt unbeschadet der allgemeinen Aufgabe der Kommission, die Anwendung des Unionsrechts unter der Kontrolle des Gerichtshofs der Europäischen Union im Einklang mit den Verträgen zu überwachen und erforderlichenfalls durchzusetzen. Trifft der Koordinator für digitale Dienste nach einem solchen Ersuchen keine Maßnahmen, kann die Kommission gemäß Kapitel IV Abschnitt 3 dieser Verordnung eingreifen.

Or. en

Änderungsantrag 321 Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 87

Vorschlag der Kommission

(87) Angesichts der besonderen Herausforderungen, die mit der Überprüfung und Sicherstellung der Einhaltung dieser Verordnung durch eine **sehr** große Online-Plattform verbunden sein können, etwa aufgrund des Umfangs oder der Komplexität einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder **der Notwendigkeit** besonderer Kenntnisse oder Kapazitäten auf Unionsebene, sollten die Koordinatoren für digitale Dienste die Kommission **auf freiwilliger Basis** ersuchen können, einzugreifen und ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse im Rahmen dieser Verordnung auszuüben.

Geänderter Text

(87) Angesichts der besonderen Herausforderungen, die mit der Überprüfung und Sicherstellung der Einhaltung dieser Verordnung durch eine große Online-Plattform verbunden sein können, etwa aufgrund des Umfangs oder der Komplexität einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung oder **dem Erfordernis** besonderer Kenntnisse oder Kapazitäten auf Unionsebene, sollten die Koordinatoren für digitale Dienste die Kommission ersuchen können, einzugreifen und ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse im Rahmen dieser Verordnung auszuüben.

Or. fr

Änderungsantrag 322
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 88

Vorschlag der Kommission

(88) Im Interesse einer einheitlichen Anwendung dieser Verordnung ist es erforderlich, auf Unionsebene eine unabhängige Beratungsgruppe einzusetzen, die die Kommission unterstützt und zur Koordinierung der Tätigkeiten der Koordinatoren für digitale Dienste beiträgt. Dieses Europäische Gremium für digitale Dienste sollte die Koordinatoren für digitale Dienste umfassen, wobei die Koordinatoren für digitale Dienste jedoch die Möglichkeit haben sollten, ad hoc auch Vertreterinnen und Vertreter anderer zuständiger Behörden, denen bestimmte Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung zugewiesen wurden, zu Sitzungen einzuladen oder zu ernennen, wenn dies aufgrund der Zuweisung von Aufgaben und Zuständigkeiten auf nationaler Ebene erforderlich ist. Nehmen mehrere Personen aus einem Mitgliedstaat teil, sollte sich das Stimmrecht auf *eine(n) Vertreter(in) je Mitgliedstaat* beschränken.

Geänderter Text

(88) Im Interesse einer einheitlichen Anwendung dieser Verordnung ist es erforderlich, auf Unionsebene eine unabhängige Beratungsgruppe **mit Rechtspersönlichkeit** einzusetzen, die die Kommission unterstützt und zur Koordinierung der Tätigkeiten der Koordinatoren für digitale Dienste beiträgt. Dieses Europäische Gremium für digitale Dienste sollte die Koordinatoren für digitale Dienste umfassen, wobei die Koordinatoren für digitale Dienste jedoch die Möglichkeit haben sollten, ad hoc auch Vertreterinnen und Vertreter anderer zuständiger Behörden, denen bestimmte Aufgaben im Rahmen dieser Verordnung zugewiesen wurden, zu Sitzungen einzuladen oder zu ernennen, wenn dies aufgrund der Zuweisung von Aufgaben und Zuständigkeiten auf nationaler Ebene erforderlich ist. Nehmen mehrere Personen aus einem Mitgliedstaat teil, sollte sich das Stimmrecht auf **den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats** beschränken.

Or. en

Änderungsantrag 323
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 89

Vorschlag der Kommission

(89) Das Gremium sollte dazu beitragen, mit Blick auf eine einheitliche Anwendung

Geänderter Text

(89) Das Gremium sollte dazu beitragen, mit Blick auf eine einheitliche Anwendung

dieser Verordnung eine gemeinsame Sichtweise der Union zu entwickeln, und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden unterstützen, etwa durch Beratung der Kommission und der Koordinatoren für digitale Dienste zu geeigneten Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen, insbesondere gegenüber **sehr** großen Online-Plattformen. Zudem sollte das Gremium zur Entwicklung relevanter Muster und Verhaltenskodizes beitragen und neu aufkommende allgemeine Trends in der Entwicklung digitaler Dienste in der Union analysieren.

dieser Verordnung eine gemeinsame Sichtweise der Union zu entwickeln, und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden unterstützen, etwa durch Beratung der Kommission und der Koordinatoren für digitale Dienste zu geeigneten Untersuchungs- und Durchsetzungsmaßnahmen, insbesondere gegenüber großen Online-Plattformen. Zudem sollte das Gremium zur Entwicklung relevanter Muster und Verhaltenskodizes beitragen und neu aufkommende allgemeine Trends in der Entwicklung digitaler Dienste in der Union analysieren.

Or. fr

Änderungsantrag 324 **Emmanuel Maurel**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 90**

Vorschlag der Kommission

(90) Zu diesem Zweck sollte das Gremium Stellungnahmen, Aufforderungen und Empfehlungen an die Koordinatoren für digitale Dienste oder andere zuständige nationale Behörden abgeben können. **Wenngleich diese nicht rechtlich bindend sind**, sollte eine Entscheidung, davon **abzuweichen**, ordnungsgemäß begründet werden und könnte von der Kommission bei der Prüfung der Einhaltung dieser Verordnung durch den betreffenden Mitgliedstaat berücksichtigt werden.

Geänderter Text

(90) Zu diesem Zweck sollte das Gremium Stellungnahmen, Aufforderungen und Empfehlungen an die Koordinatoren für digitale Dienste oder andere zuständige nationale Behörden abgeben können. Sollte eine Entscheidung davon **abweichen, so sollte sie** ordnungsgemäß begründet werden und könnte von der Kommission bei der Prüfung der Einhaltung dieser Verordnung durch den betreffenden Mitgliedstaat berücksichtigt werden.

Or. fr

Änderungsantrag 325 **Emmanuel Maurel**

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 91

Vorschlag der Kommission

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und **gegebenenfalls** anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, **Nichtdiskriminierung**, Datenschutz, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

Geänderter Text

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und **erforderlichenfalls** anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, **Diskriminierungsverbot**, Datenschutz, **Achtung der Rechte des geistigen Eigentums**, **Wettbewerb**, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

Or. fr

Änderungsantrag 326

Stéphane Séjourné, Adrián Vázquez Lázara

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 91

Vorschlag der Kommission

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission

Geänderter Text

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission

stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, Nichtdiskriminierung, Datenschutz, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, Nichtdiskriminierung, Datenschutz, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, **geistiges Eigentum**, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

Or. en

Änderungsantrag 327 **Kosma Złotowski**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 91**

Vorschlag der Kommission

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union

Geänderter Text

(91) Das Gremium sollte Vertreterinnen und Vertreter der Koordinatoren für digitale Dienste und gegebenenfalls anderer zuständiger Behörden umfassen und unter dem Vorsitz der Kommission stehen, um die ihm vorgelegten Angelegenheiten aus umfassender europäischer Perspektive bewerten zu können. Angesichts möglicher weiterreichender Aspekte, die auch für andere Regulierungsrahmen auf Unionsebene von Bedeutung sein können, sollte das Gremium mit anderen Einrichtungen, Ämtern, Agenturen und Beratungsgruppen der Union

zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, Nichtdiskriminierung, Datenschutz, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

zusammenarbeiten können, die z. B. in den Bereichen Gleichbehandlung, auch von Männern und Frauen, Nichtdiskriminierung, Datenschutz, **Wettbewerb**, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste, Aufdeckung und Untersuchung von Betrug zulasten des EU-Haushalts im Zusammenhang mit Zöllen oder Verbraucherschutz tätig sind, soweit dies für die Ausübung der Aufgaben erforderlich ist.

Or. en

Änderungsantrag 328 Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 92

Vorschlag der Kommission

(92) Die Kommission sollte **den Vorsitz des Gremiums führen, aber** nicht über Stimmrechte verfügen. **Durch den Vorsitz sollte die Kommission sicherstellen, dass die Tagesordnung der Sitzungen im Einklang mit den Anträgen der Mitglieder des Gremiums sowie der Geschäftsordnung und den in dieser Verordnung festgelegten Aufgaben des Gremiums festgelegt wird.**

Geänderter Text

(92) Die Kommission sollte **im Gremium vertreten sein, jedoch** nicht über Stimmrechte verfügen.

Or. fr

Änderungsantrag 329 Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 94

Vorschlag der Kommission

(94) Da **sehr** große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite und

Geänderter Text

(94) Da große Online-Plattformen aufgrund ihrer Reichweite und

Auswirkungen erhebliche Bedeutung haben, könnte die fehlende Einhaltung der ihnen obliegenden spezifischen Pflichten Auswirkungen auf eine erhebliche Zahl von Nutzern in verschiedenen Mitgliedstaaten haben und zu großen gesellschaftlichen Schäden führen; gleichzeitig kann eine solche fehlende Einhaltung besonders schwierig zu erkennen und zu behandeln sein.

Auswirkungen erhebliche Bedeutung haben, könnte die fehlende Einhaltung der ihnen obliegenden spezifischen Pflichten Auswirkungen auf eine erhebliche Zahl von Nutzern in verschiedenen Mitgliedstaaten haben und zu großen gesellschaftlichen Schäden führen; gleichzeitig kann eine solche fehlende Einhaltung besonders schwierig zu erkennen und zu behandeln sein.

Or. fr

Änderungsantrag 330

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 95

Vorschlag der Kommission

(95) Angesichts dieser ordnungspolitischen Überlegungen ist es daher erforderlich, ein gemeinsames System der verstärkten Überwachung und Durchsetzung auf Unionsebene einzurichten. Wurde z. B. durch individuelle oder gemeinsame Untersuchungen, Prüfungen oder Beschwerden eine Zuwiderhandlung gegen eine der Bestimmungen ermittelt, die nur für sehr große Online-Plattformen gelten, sollte der Koordinator für digitale Dienste **am Niederlassungsort** auf eigene Initiative oder auf Rat des Gremiums alle anschließend von der betreffenden sehr großen Online-Plattform gemäß deren Maßnahmenplan getroffenen Maßnahmen überwachen. Soweit angezeigt, sollte dieser Koordinator für digitale Dienste um die **freiwillige** Durchführung einer weiteren speziellen Prüfung ersuchen können, um festzustellen, ob diese Maßnahmen ausreichen, um die Zuwiderhandlung zu beenden. Bei Abschluss dieses Verfahrens sollte er das Gremium, die Kommission und die betreffende Plattform darüber unterrichten,

Geänderter Text

(95) Angesichts dieser ordnungspolitischen Überlegungen ist es daher erforderlich, ein gemeinsames System der verstärkten Überwachung und Durchsetzung auf Unionsebene einzurichten. Wurde z. B. durch individuelle oder gemeinsame Untersuchungen, Prüfungen oder Beschwerden eine Zuwiderhandlung gegen eine der Bestimmungen ermittelt, die nur für sehr große Online-Plattformen gelten, sollte der **betreffende** Koordinator für digitale Dienste auf eigene Initiative oder auf Rat des Gremiums alle anschließend von der betreffenden sehr großen Online-Plattform gemäß deren Maßnahmenplan getroffenen Maßnahmen überwachen. Soweit angezeigt, sollte dieser Koordinator für digitale Dienste um die Durchführung einer weiteren speziellen Prüfung ersuchen können, um festzustellen, ob diese Maßnahmen ausreichen, um die Zuwiderhandlung zu beenden. Bei Abschluss dieses Verfahrens sollte er das Gremium, die Kommission und die betreffende Plattform darüber unterrichten, ob diese Plattform die Zuwiderhandlung

ob diese Plattform die Zuwiderhandlung seiner Meinung nach behoben hat oder nicht, wobei er insbesondere das relevante Verhalten und seine Bewertung der getroffenen Maßnahmen darlegen sollte. **Der Koordinator** für digitale Dienste **sollte seine** Funktion im Rahmen dieses gemeinsamen Systems rechtzeitig wahrnehmen und Stellungnahmen und anderen Ratschlägen des Gremiums weitestmöglich Rechnung tragen.

seiner Meinung nach behoben hat oder nicht, wobei er insbesondere das relevante Verhalten und seine Bewertung der getroffenen Maßnahmen darlegen sollte. **Die Koordinatoren** für digitale Dienste **sollten ihre** Funktion im Rahmen dieses gemeinsamen Systems rechtzeitig wahrnehmen und Stellungnahmen und anderen Ratschlägen des Gremiums weitestmöglich Rechnung tragen.

Or. en

Änderungsantrag 331 Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 95

Vorschlag der Kommission

(95) Angesichts dieser ordnungspolitischen Überlegungen ist es daher erforderlich, ein gemeinsames System der verstärkten Überwachung und Durchsetzung auf Unionsebene einzurichten. Wurde z. B. durch individuelle oder gemeinsame Untersuchungen, Prüfungen oder Beschwerden eine Zuwiderhandlung gegen eine der Bestimmungen ermittelt, die nur für **sehr** große Online-Plattformen gelten, sollte der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort auf eigene Initiative oder auf Rat des Gremiums alle anschließend von der betreffenden **sehr** großen Online-Plattform gemäß deren Maßnahmenplan getroffenen Maßnahmen überwachen. Soweit angezeigt, sollte dieser Koordinator für digitale Dienste um die freiwillige Durchführung einer weiteren speziellen Prüfung ersuchen können, um festzustellen, ob diese Maßnahmen ausreichen, um die Zuwiderhandlung zu beenden. Bei Abschluss dieses Verfahrens sollte er das Gremium, die Kommission und die

Geänderter Text

(95) Angesichts dieser ordnungspolitischen Überlegungen ist es daher erforderlich, ein gemeinsames System der verstärkten Überwachung und Durchsetzung auf Unionsebene einzurichten. Wurde z. B. durch individuelle oder gemeinsame Untersuchungen, Prüfungen oder Beschwerden eine Zuwiderhandlung gegen eine der Bestimmungen ermittelt, die nur für große Online-Plattformen gelten, sollte der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort auf eigene Initiative oder auf Rat des Gremiums alle anschließend von der betreffenden großen Online-Plattform gemäß deren Maßnahmenplan getroffenen Maßnahmen überwachen. Soweit angezeigt, sollte dieser Koordinator für digitale Dienste um die freiwillige Durchführung einer weiteren speziellen Prüfung ersuchen können, um festzustellen, ob diese Maßnahmen ausreichen, um die Zuwiderhandlung zu beenden. Bei Abschluss dieses Verfahrens sollte er das Gremium, die Kommission und die

betreffende Plattform darüber unterrichten, ob diese Plattform die Zuwiderhandlung seiner Meinung nach behoben hat **oder nicht**, wobei er insbesondere das relevante Verhalten und seine Bewertung der getroffenen Maßnahmen darlegen sollte. Der Koordinator für digitale Dienste sollte seine Funktion im Rahmen dieses gemeinsamen Systems rechtzeitig wahrnehmen und Stellungnahmen und anderen Ratschlägen des Gremiums weitestmöglich Rechnung tragen.

betreffende Plattform darüber unterrichten, ob diese Plattform die Zuwiderhandlung seiner Meinung nach behoben hat, wobei er insbesondere das relevante Verhalten und seine Bewertung der getroffenen Maßnahmen darlegen sollte. Der Koordinator für digitale Dienste sollte seine Funktion im Rahmen dieses gemeinsamen Systems rechtzeitig wahrnehmen und Stellungnahmen und anderen Ratschlägen des Gremiums weitestmöglich Rechnung tragen.

Or. fr

Änderungsantrag 332

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 96

Vorschlag der Kommission

(96) Wird die Zuwiderhandlung gegen eine der nur für sehr große Online-Plattformen geltenden Bestimmungen von der Plattform nicht gemäß dem Maßnahmenplan wirksam behoben, kann nur die Kommission von Amts wegen oder auf Rat des Gremiums entscheiden, die betreffende Zuwiderhandlung und die von der Plattform anschließend getroffenen Maßnahmen genauer zu untersuchen, **nicht jedoch der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort**. Nach Durchführung der erforderlichen Untersuchungen sollte die Kommission erforderlichenfalls Beschlüsse zur Feststellung einer Zuwiderhandlung und zur Verhängung von Sanktionen gegenüber den sehr großen Online-Plattformen fassen können. Diese Möglichkeit einzugreifen sollte sie auch in grenzüberschreitenden Fällen haben, in denen **der Koordinator** für digitale Dienste **am Niederlassungsort** trotz Verlangens der Kommission keine Maßnahmen getroffen hat, oder in Fällen, in denen **der** Koordinator für digitale

Geänderter Text

(96) Wird die Zuwiderhandlung gegen eine der nur für sehr große Online-Plattformen geltenden Bestimmungen von der Plattform nicht gemäß dem Maßnahmenplan wirksam behoben, kann nur die Kommission von Amts wegen oder auf Rat des Gremiums entscheiden, die betreffende Zuwiderhandlung und die von der Plattform anschließend getroffenen Maßnahmen genauer zu untersuchen. Nach Durchführung der erforderlichen Untersuchungen sollte die Kommission erforderlichenfalls Beschlüsse zur Feststellung einer Zuwiderhandlung und zur Verhängung von Sanktionen gegenüber den sehr großen Online-Plattformen fassen können. Diese Möglichkeit einzugreifen sollte sie auch in grenzüberschreitenden Fällen haben, in denen **die betreffenden Koordinatoren** für digitale Dienste trotz Verlangens der Kommission keine Maßnahmen getroffen hat, oder in Fällen, in denen **ein** Koordinator für digitale Dienste die Kommission ersucht hat, in Bezug auf eine Zuwiderhandlung einer

Dienste **am Niederlassungsort** die Kommission **selbst** ersucht hat, in Bezug auf eine Zuwiderhandlung einer sehr großen Online-Plattform gegen eine andere Bestimmung dieser Verordnung einzugreifen.

sehr großen Online-Plattform gegen eine andere Bestimmung dieser Verordnung einzugreifen.

Or. en

Änderungsantrag 333 **Emmanuel Maurel**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 96**

Vorschlag der Kommission

(96) Wird die Zuwiderhandlung gegen eine der nur für **sehr** große Online-Plattformen geltenden Bestimmungen von der Plattform nicht gemäß dem Maßnahmenplan wirksam behoben, kann nur die Kommission von Amts wegen oder auf Rat des Gremiums entscheiden, die betreffende Zuwiderhandlung und die von der Plattform anschließend getroffenen Maßnahmen genauer zu untersuchen, nicht jedoch der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort. Nach Durchführung der erforderlichen Untersuchungen sollte die Kommission erforderlichenfalls Beschlüsse zur Feststellung einer Zuwiderhandlung und zur Verhängung von Sanktionen gegenüber den **sehr** großen Online-Plattformen fassen können. Diese Möglichkeit einzugreifen sollte sie auch in grenzüberschreitenden Fällen haben, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trotz Verlangens der Kommission keine Maßnahmen getroffen hat, oder in Fällen, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort die Kommission selbst ersucht hat, in Bezug auf eine Zuwiderhandlung einer **sehr** großen Online-Plattform gegen eine andere Bestimmung dieser Verordnung

Geänderter Text

(96) Wird die Zuwiderhandlung gegen eine der nur für große Online-Plattformen geltenden Bestimmungen von der Plattform nicht gemäß dem Maßnahmenplan wirksam behoben, kann nur die Kommission von Amts wegen oder auf Rat des Gremiums entscheiden, die betreffende Zuwiderhandlung und die von der Plattform anschließend getroffenen Maßnahmen genauer zu untersuchen, nicht jedoch der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort. Nach Durchführung der erforderlichen Untersuchungen sollte die Kommission erforderlichenfalls Beschlüsse zur Feststellung einer Zuwiderhandlung und zur Verhängung von Sanktionen gegenüber den großen Online-Plattformen fassen können. Diese Möglichkeit, einzugreifen, sollte sie auch in grenzüberschreitenden Fällen haben, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort trotz Verlangens der Kommission keine Maßnahmen getroffen hat, oder in Fällen, in denen der Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort die Kommission selbst ersucht hat, in Bezug auf eine Zuwiderhandlung einer großen Online-Plattform gegen eine andere Bestimmung dieser Verordnung einzugreifen.

einzugreifen.

Or. fr

Änderungsantrag 334

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 97

Vorschlag der Kommission

(97) Die Kommission sollte **selbst entscheiden können, ob sie** in den Fällen, in denen sie nach dieser Verordnung entsprechend befugt ist, **eingreift oder nicht**. Wenn die Kommission das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste **am Niederlassungsort** untersagt sein, ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform auszuüben, um Doppelmaßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder die Kommission auf deren Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben sehr großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue Zuwiderhandlung darstellen. Diese Koordinatoren für digitale Dienste sowie das Gremium und gegebenenfalls andere Koordinatoren für digitale Dienste sollten der Kommission alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen bereitstellen, damit diese ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann, und im Gegenzug sollte die Kommission sie angemessen über die

Geänderter Text

(97) Die Kommission sollte in den Fällen, in denen sie nach dieser Verordnung entsprechend befugt ist, **eingreifen**. Wenn die Kommission das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste untersagt sein, ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden sehr großen Online-Plattform auszuüben, um Doppelmaßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder die Kommission auf deren Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben sehr großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue Zuwiderhandlung darstellen. Diese Koordinatoren für digitale Dienste sowie das Gremium und gegebenenfalls andere Koordinatoren für digitale Dienste sollten der Kommission alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen bereitstellen, damit diese ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann, und im Gegenzug sollte die Kommission sie angemessen über die Ausübung ihrer Befugnisse informieren. In diesem Zusammenhang sollte die

Ausübung ihrer Befugnisse informieren. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission gegebenenfalls relevante Bewertungen durch das Gremium oder die betreffenden Koordinatoren für digitale Dienste sowie von ihnen gesammelte einschlägige Nachweise und Informationen berücksichtigen, unbeschadet der Befugnisse und Verantwortung der Kommission, bei Bedarf zusätzliche Untersuchungen durchzuführen.

Kommission gegebenenfalls relevante Bewertungen durch das Gremium oder die betreffenden Koordinatoren für digitale Dienste sowie von ihnen gesammelte einschlägige Nachweise und Informationen berücksichtigen, unbeschadet der Befugnisse und Verantwortung der Kommission, bei Bedarf zusätzliche Untersuchungen durchzuführen.

Or. en

Änderungsantrag 335 Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 97

Vorschlag der Kommission

(97) Die Kommission sollte selbst entscheiden können, ob sie in den Fällen, in denen sie nach dieser Verordnung entsprechend befugt ist, eingreift **oder nicht**. Wenn die Kommission das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort untersagt sein, ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden **sehr** großen Online-Plattform auszuüben, um Doppelmaßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder die Kommission auf deren Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben **sehr** großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue

Geänderter Text

(97) Die Kommission sollte selbst entscheiden können, ob sie in den Fällen, in denen sie nach dieser Verordnung entsprechend befugt ist, eingreift. Wenn die Kommission das Verfahren eingeleitet hat, sollte es den Koordinatoren für digitale Dienste am Niederlassungsort untersagt sein, ihre Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf das fragliche Verhalten der betreffenden großen Online-Plattform auszuüben, um Doppelmaßnahmen, Uneinheitlichkeit und Risiken unter dem Gesichtspunkt des Verbots der Doppelbestrafung (ne bis in idem) zu vermeiden. Im Interesse der Wirksamkeit sollte es diesen Koordinatoren für digitale Dienste jedoch nicht untersagt sein, ihre Befugnisse auszuüben, um entweder die Kommission auf deren Verlangen bei der Ausübung der Aufsichtsaufgaben zu unterstützen oder anderen Verhaltensweisen nachzugehen, die auch Verhaltensweisen derselben großen Online-Plattform umfassen können, die mutmaßlich eine neue Zuwiderhandlung darstellen. Diese

Zu widerhandlung darstellen. Diese Koordinatoren für digitale Dienste sowie das Gremium und gegebenenfalls andere Koordinatoren für digitale Dienste sollten der Kommission alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen bereitstellen, damit diese ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann, und im Gegenzug sollte die Kommission sie angemessen über die Ausübung ihrer Befugnisse informieren. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission **gegebenenfalls** relevante Bewertungen durch das Gremium oder die betreffenden Koordinatoren für digitale Dienste sowie von ihnen gesammelte einschlägige Nachweise und Informationen berücksichtigen, unbeschadet der Befugnisse und Verantwortung der Kommission, bei Bedarf zusätzliche Untersuchungen durchzuführen.

Koordinatoren für digitale Dienste sowie das Gremium und gegebenenfalls andere Koordinatoren für digitale Dienste sollten der Kommission alle erforderlichen Informationen und Unterstützungsleistungen bereitstellen, damit diese ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann, und im Gegenzug sollte die Kommission sie angemessen über die Ausübung ihrer Befugnisse informieren. In diesem Zusammenhang sollte die Kommission **erforderlichenfalls** relevante Bewertungen durch das Gremium oder die betreffenden Koordinatoren für digitale Dienste sowie von ihnen gesammelte einschlägige Nachweise und Informationen berücksichtigen, unbeschadet der Befugnisse und Verantwortung der Kommission, bei Bedarf zusätzliche Untersuchungen durchzuführen.

Or. fr

Änderungsantrag 336

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 97 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(97a) Die Kommission sollte sicherstellen, dass sie in ihrer Entscheidungsfindung in Bezug auf die Koordinatoren für digitale Dienste und die Anbieter von Diensten im Rahmen dieser Verordnung unabhängig und unparteiisch ist.

Or. en

Änderungsantrag 337

Karen Melchior, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 98

Vorschlag der Kommission

(98) Da Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen mit besonderen Herausforderungen verbunden sein können und wirksame Maßnahmen angesichts des Umfangs und der Auswirkungen dieser Plattformen und der möglicherweise resultierenden Schäden gleichzeitig sehr wichtig sind, sollte die Kommission über wirksame Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse verfügen, um in Bezug auf bestimmte Vorschriften dieser Verordnung Untersuchungs-, Durchsetzungs- und Überwachungsmaßnahmen treffen zu können, wobei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie die Rechte und Interessen der Beteiligten umfassend einzuhalten sind.

Geänderter Text

(98) Da Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen mit besonderen Herausforderungen verbunden sein können und wirksame Maßnahmen angesichts des Umfangs und der Auswirkungen dieser Plattformen und der möglicherweise resultierenden Schäden gleichzeitig sehr wichtig sind, sollte die Kommission über wirksame Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse verfügen, um in Bezug auf bestimmte Vorschriften dieser Verordnung Untersuchungs-, Durchsetzungs- und Überwachungsmaßnahmen treffen zu können, wobei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie die Rechte und Interessen der Beteiligten, ***darunter das Recht, Ermittlungersuchen vor einer Justizbehörde im Niederlassungsmitgliedstaat anzufechten***, umfassend einzuhalten sind.

Or. en

Änderungsantrag 338

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 98

Vorschlag der Kommission

(98) Da Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen mit besonderen Herausforderungen verbunden sein können und wirksame Maßnahmen angesichts des Umfangs und der Auswirkungen dieser Plattformen und der möglicherweise resultierenden Schäden gleichzeitig sehr wichtig sind, ***sollte*** die Kommission über

Geänderter Text

(98) Da Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung dieser Verordnung durch sehr große Online-Plattformen mit besonderen Herausforderungen verbunden sein können und wirksame Maßnahmen angesichts des Umfangs und der Auswirkungen dieser Plattformen und der möglicherweise resultierenden Schäden gleichzeitig sehr wichtig sind, ***sollten*** die Kommission ***und***

wirksame Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse verfügen, um in Bezug auf bestimmte Vorschriften dieser Verordnung Untersuchungs-, Durchsetzungs- und Überwachungsmaßnahmen treffen zu können, wobei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie die Rechte und Interessen der Beteiligten umfassend einzuhalten sind.

die Mitgliedstaaten über die erforderlichen Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse verfügen, um in Bezug auf bestimmte Vorschriften dieser Verordnung Untersuchungs-, Durchsetzungs- und Überwachungsmaßnahmen treffen zu können, wobei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, **das Subsidiaritätsprinzip** sowie die Rechte und Interessen der Beteiligten umfassend einzuhalten sind.

Or. en

Änderungsantrag 339 Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 98

Vorschlag der Kommission

(98) Da Maßnahmen zur **Gewährleistung** der Einhaltung dieser Verordnung durch **sehr** große Online-Plattformen mit besonderen Herausforderungen verbunden sein können und wirksame Maßnahmen angesichts des Umfangs und der Auswirkungen dieser Plattformen und der möglicherweise resultierenden Schäden gleichzeitig sehr wichtig sind, sollte die Kommission über wirksame Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse verfügen, um in Bezug auf bestimmte Vorschriften dieser Verordnung Untersuchungs-, Durchsetzungs- und Überwachungsmaßnahmen treffen zu können, wobei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie die Rechte und Interessen der Beteiligten umfassend einzuhalten sind.

Geänderter Text

(98) Da Maßnahmen zur **Sicherstellung** der Einhaltung dieser Verordnung durch große Online-Plattformen mit besonderen Herausforderungen verbunden sein können und wirksame Maßnahmen angesichts des Umfangs und der Auswirkungen dieser Plattformen und der möglicherweise resultierenden Schäden gleichzeitig sehr wichtig sind, sollte die Kommission über wirksame Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse verfügen, um in Bezug auf bestimmte Vorschriften dieser Verordnung Untersuchungs-, Durchsetzungs- und Überwachungsmaßnahmen treffen zu können, wobei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie die Rechte und Interessen der Beteiligten umfassend einzuhalten sind.

Or. fr

Änderungsantrag 340

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 99

Vorschlag der Kommission

(99) Insbesondere sollte die Kommission **Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten erforderlich sind, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die betreffenden Unterlagen, Daten oder Informationen befinden und ungeachtet ihrer Form oder ihres Formats, ihres Speichermediums oder des genauen Orts der Speicherung.** Die Kommission sollte die betreffende sehr große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, ihr alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen vorzulegen. Darüber hinaus sollte die Kommission einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des Mitgliedstaates sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. Die Kommission sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte die Kommission befugt sein, die für die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit der Kommission ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um

Geänderter Text

(99) Insbesondere sollte die Kommission – **wenn sie gemäß den nach dieser Verordnung übertragenen Befugnissen tätig wird,** Untersuchungen **einleiten und durchzuführen** und die Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten **zu überwachen** – die betreffende sehr große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, ihr alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen vorzulegen. Darüber hinaus sollte die Kommission einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des Mitgliedstaates sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. Die Kommission sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte die Kommission befugt sein, die für die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit der Kommission ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

Or. en

Änderungsantrag 341

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung

Erwägung 99

Vorschlag der Kommission

(99) *Insbesondere* sollte **die Kommission** Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten erforderlich sind, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die betreffenden Unterlagen, Daten oder Informationen befinden und ungeachtet ihrer Form oder ihres Formats, ihres Speichermediums oder des genauen Orts der Speicherung. Die Kommission sollte die betreffende sehr große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, ihr alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen vorzulegen. Darüber hinaus sollte die Kommission einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des Mitgliedstaates sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. Die Kommission sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte die Kommission befugt sein, die für

Geänderter Text

(99) *Wenn die Kommission belegen kann, dass eine sehr große Online-Plattform diese Verordnung nicht einhält*, sollte **sie insbesondere** Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten erforderlich sind, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die betreffenden Unterlagen, Daten oder Informationen befinden und ungeachtet ihrer Form oder ihres Formats, ihres Speichermediums oder des genauen Orts der Speicherung. Die Kommission sollte die betreffende sehr große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, ihr alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen **in Bezug auf diese Bedenken** vorzulegen. Darüber hinaus sollte die Kommission einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des Mitgliedstaates sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. Die Kommission sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu

die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit der Kommission ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte die Kommission befugt sein, die für die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit der Kommission ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

Or. en

Änderungsantrag 342 **Emmanuel Maurel**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 99**

Vorschlag der Kommission

(99) Insbesondere sollte die Kommission Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten erforderlich sind, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die betreffenden Unterlagen, Daten oder Informationen befinden und ungeachtet ihrer Form oder ihres Formats, ihres Speichermediums oder des genauen Orts der Speicherung. Die Kommission sollte die betreffende **sehr** große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, ihr alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen vorzulegen. Darüber hinaus sollte die Kommission einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur

Geänderter Text

(99) Insbesondere sollte die Kommission Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen, Daten und Informationen haben, die für die Einleitung und Durchführung von Untersuchungen und die Überwachung der Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten einschlägigen Pflichten erforderlich sind, unabhängig davon, in wessen Besitz sich die betreffenden Unterlagen, Daten oder Informationen befinden und ungeachtet ihrer Form oder ihres Formats, ihres Speichermediums oder des genauen Orts der Speicherung. Die Kommission sollte die betreffende große Online-Plattform, einschlägige Dritte oder natürliche Personen direkt dazu verpflichten können, ihr alle einschlägigen Belege, Daten und Informationen vorzulegen. Darüber hinaus sollte die Kommission einschlägige Informationen für die Zwecke dieser Verordnung bei jeder Behörde, Einrichtung oder Agentur innerhalb des Mitgliedstaates

innerhalb des Mitgliedstaates sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. Die Kommission sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte die Kommission befugt sein, die für die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit der Kommission ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

sowie bei jeder natürlichen oder juristischen Person einholen können. Die Kommission sollte befugt sein, Zugang zu Datenbanken und Algorithmen relevanter Personen sowie diesbezügliche Erläuterungen zu verlangen und alle Personen, die nützliche Informationen besitzen können, mit deren Zustimmung zu befragen und die gemachten Aussagen aufzunehmen. Zudem sollte die Kommission befugt sein, die für die Durchsetzung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung erforderlichen Nachprüfungen durchzuführen. Diese Untersuchungsbefugnisse sollen die Möglichkeit der Kommission ergänzen, Koordinatoren für digitale Dienste und andere Behörden der Mitgliedstaaten um Unterstützung zu ersuchen, etwa durch Bereitstellung von Informationen oder die Ausübung ihrer Befugnisse.

Or. fr

Änderungsantrag 343 **Emmanuel Maurel**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 101**

Vorschlag der Kommission

(101) Die betreffenden **sehr** großen Online-Plattformen und andere Personen, die von der Ausübung der Befugnisse der Kommission betroffen sind und deren Interessen durch einen Beschluss berührt werden könnten, sollten vor dem Erlass des Beschlusses Gelegenheit zur Äußerung haben, und die erlassenen Beschlüsse sollten auf breiter Basis bekannt gegeben werden. Neben der Wahrung der Verteidigungsrechte der Beteiligten, insbesondere des Rechts auf Akteneinsicht, ist auch der Schutz vertraulicher Informationen unabdingbar. Zudem sollte die Kommission unter Wahrung der

Geänderter Text

(101) Die betreffenden großen Online-Plattformen und andere Personen, die von der Ausübung der Befugnisse der Kommission betroffen sind und deren Interessen durch einen Beschluss berührt werden könnten, sollten vor dem Erlass des Beschlusses Gelegenheit zur Äußerung haben, und die erlassenen Beschlüsse sollten auf breiter Basis bekannt gegeben werden. Neben der Wahrung der Verteidigungsrechte der Beteiligten, insbesondere des Rechts auf Akteneinsicht, ist auch der Schutz vertraulicher Informationen unabdingbar. Zudem sollte die Kommission unter Wahrung der

Vertraulichkeit der Informationen sicherstellen, dass alle ihrem Beschluss zugrunde liegenden Informationen in einem Umfang veröffentlicht werden, der es dem Adressaten des Beschlusses ermöglicht, die zugrunde liegenden Fakten und Überlegungen zu verstehen.

Vertraulichkeit der Informationen sicherstellen, dass alle ihrem Beschluss zugrunde liegenden Informationen in einem Umfang veröffentlicht werden, der es dem Adressaten des Beschlusses ermöglicht, die zugrunde liegenden Fakten und Überlegungen zu verstehen.

Or. fr

Änderungsantrag 344

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 104

Vorschlag der Kommission

(104) Zur Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zur Ergänzung dieser Verordnung zu erlassen. Insbesondere sollten delegierte Rechtsakte zu den Kriterien für die Bestimmung sehr großer Online-Plattformen sowie zu technischen Spezifikationen für Zugangsanträge erlassen werden. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission angemessene Konsultationen durchführt, die mit den Grundsätzen im Einklang stehen, die in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung niedergelegt wurden. Um insbesondere für eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und ihre Sachverständigen haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.

Geänderter Text

(104) Zur Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zur Ergänzung dieser Verordnung zu erlassen. Insbesondere sollten delegierte Rechtsakte zu den Kriterien für die Bestimmung sehr großer Online-Plattformen sowie zu technischen Spezifikationen für Zugangsanträge erlassen werden. ***Ebenso wichtig ist es, dass sich die Kommission in Fällen, in denen die Normungsgremien nicht in der Lage sind, die für die vollständige Umsetzung dieser Verordnung erforderlichen Normen zu vereinbaren, dazu entscheidet, delegierte Rechtsakte zu erlassen.*** Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission angemessene Konsultationen durchführt, die mit den Grundsätzen im Einklang stehen, die in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung niedergelegt wurden. Um insbesondere für eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und ihre Sachverständigen

haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.

Or. en

Änderungsantrag 345 **Emmanuel Maurel**

Vorschlag für eine Verordnung **Erwägung 104**

Vorschlag der Kommission

(104) Zur Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zur Ergänzung dieser Verordnung zu erlassen. Insbesondere sollten delegierte Rechtsakte zu den Kriterien für die Bestimmung *sehr* großer Online-Plattformen sowie zu technischen Spezifikationen für Zugangsanträge erlassen werden. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission angemessene Konsultationen durchführt, die mit den Grundsätzen im Einklang stehen, die in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung niedergelegt wurden. Um insbesondere für eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und ihre Sachverständigen haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.

Geänderter Text

(104) Zur Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 AEUV Rechtsakte zur Ergänzung dieser Verordnung zu erlassen. Insbesondere sollten delegierte Rechtsakte zu den Kriterien für die Bestimmung großer Online-Plattformen sowie zu technischen Spezifikationen für Zugangsanträge erlassen werden. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission angemessene Konsultationen durchführt, die mit den Grundsätzen im Einklang stehen, die in der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung niedergelegt wurden. Um insbesondere für eine gleichberechtigte Beteiligung an der Vorbereitung delegierter Rechtsakte zu sorgen, erhalten das Europäische Parlament und der Rat alle Dokumente zur gleichen Zeit wie die Sachverständigen der Mitgliedstaaten, und ihre Sachverständigen haben systematisch Zugang zu den Sitzungen der Sachverständigengruppen der Kommission, die mit der Vorbereitung der delegierten Rechtsakte befasst sind.

Or. fr

Änderungsantrag 346

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 106 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(106a) Um die freie Meinungsäußerung und den Medienpluralismus im Internet zu fördern, muss der Bedeutung redaktioneller Inhalte und Dienste Rechnung getragen werden, indem die Anbieter von Vermittlungsdiensten verpflichtet werden, den Zugang zu diesen Inhalten und Diensten nicht zu entfernen, auszusetzen oder zu sperren. Daraus folgt, dass Anbieter von Vermittlungsdiensten von der Haftung für redaktionelle Inhalte und Dienste befreit sein sollten. Anbieter von Vermittlungsdiensten sollten Mechanismen einrichten, die die praktische Anwendung erleichtern, beispielsweise die Kennzeichnung rechtmäßiger redaktioneller Inhalte und Dienste durch Inhaltsanbieter. Anbieter von redaktionellen Inhalten und Diensten sollten durch den Mitgliedstaat identifiziert werden, in dem der Anbieter niedergelassen ist. Diese Anbieter sollten als Anbieter gelten, die eine Wirtschaftstätigkeit im Sinne der Artikel 56 und 57 AEUV ausüben.

Or. en

Begründung

Safeguarding editorial freedom and media independence is key to safeguard public trust. Allowing global online platforms to ban and/or remove media content and services solely on the basis that they clash with their unilaterally imposed corporate community standards creates a serious threat for editorial freedom and media pluralism. Unlike media service providers, online platforms do not bear editorial responsibility for the content they make available. Yet, they perform actions on content that are editorial-like. The DSA must stop online platforms from playing the role of quasi-editors, a role that they are, in no way, apt to fulfil.

In turn, online platforms should be exempt from liability for content which has been provided by media service providers who bear editorial responsibility and exercise editorial control over such content.

Media service providers should be identified at the national level, by competent sector-specific regulatory authorities and bodies which have a role in overseeing media service providers. The Commission should subsequently publish the information provided by national authorities and make it publicly available.

Änderungsantrag 347
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 106 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(106a) Durch das auf digitalen Märkten vertretene Geschäftsmodell des Profilings zum Zwecke des Erheischens von Aufmerksamkeit, bei dem Algorithmen kontroverse Inhalte bevorzugen und so zu ihrer Online-Verbreitung beitragen, wird das Vertrauen der Verbraucher in die digitalen Märkte untergraben. Mit dieser Verordnung sollte daher dieser Praxis ein Ende gesetzt und den Nutzern eine größere Kontrolle darüber verschafft werden, wie Ranglisten präsentiert werden.

Or. fr

Änderungsantrag 348
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) In dieser Verordnung werden harmonisierte Vorschriften für die Erbringung von Vermittlungsdiensten ***im Binnenmarkt*** festgelegt. Insbesondere wird Folgendes festgelegt:

(1) In dieser Verordnung werden harmonisierte Vorschriften für die Erbringung von Vermittlungsdiensten festgelegt, ***um die Funktionsweise des Binnenmarkts zu verbessern und gleichzeitig die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Rechte, insbesondere die Meinungs- und Informationsfreiheit in***

einer offenen und demokratischen Gesellschaft, zu wahren. Insbesondere wird Folgendes festgelegt:

Or. en

Änderungsantrag 349
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) ein Rahmen für die **bedingte Haftungsbefreiung** der Anbieter von Vermittlungsdiensten;

Geänderter Text

a) ein Rahmen für die **Haftung** der Anbieter von Vermittlungsdiensten;

Or. fr

Änderungsantrag 350
Daniel Buda

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Geänderter Text

b) Festlegung einheitlicher **und verhältnismäßiger** Regeln für ein sicheres, **barrierefreies**, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Or. ro

Änderungsantrag 351
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Festlegung einheitlicher Regeln für ein sicheres, vorhersehbares und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Geänderter Text

b) Festlegung einheitlicher, **harmonisierter** Regeln für ein sicheres, vorhersehbares, **zugängliches** und vertrauenswürdiges Online-Umfeld, in dem die in der Charta verankerten Grundrechte wirksam geschützt sind.

Or. en

Änderungsantrag 352
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) der Schutz Minderjähriger, die unter diese Verordnung fallende Dienste in Anspruch nehmen;

Or. fr

Änderungsantrag 353
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

bb) der Schutz der Verbraucher, die unter diese Verordnung fallende Dienste in Anspruch nehmen;

Or. fr

Änderungsantrag 354
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Diese Verordnung gilt für Vermittlungsdienste, die für Nutzer ***mit Niederlassungsort oder Wohnsitz in der Union*** erbracht werden, ungeachtet des Orts der Niederlassung des Anbieters dieser Dienste.

Geänderter Text

(3) Diese Verordnung gilt für Vermittlungsdienste, die für Nutzer ***des Dienstes*** erbracht werden, ungeachtet des Orts der Niederlassung des Anbieters dieser Dienste.

Or. fr

Änderungsantrag 355
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Diese Verordnung wahrt die mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannten Grundrechte sowie die Grundrechte, die allgemeine Grundsätze des Unionsrechts darstellen. Diese Verordnung darf daher nur im Einklang mit diesen Grundrechten ausgelegt und angewandt werden, einschließlich der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie der Pressefreiheit und -pluralität. Bei der Ausübung der in dieser Verordnung vorgesehenen Befugnisse streben alle beteiligten Behörden bei einer Kollision von verschiedenen Grundrechten eine ausgewogene Berücksichtigung der betreffenden Rechte im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit an.

Or. en

Änderungsantrag 356
Angelika Niebler

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Diese Verordnung lässt die Bestimmungen des nationalen Rechts zum Schutz der Medienvielfalt unberührt.

Or. en

**Änderungsantrag 357
Emmanuel Maurel**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5) Diese Verordnung *lässt* die folgenden Vorschriften *unberührt*:

(5) Diese Verordnung *betrifft nicht* die folgenden Vorschriften:

Or. fr

**Änderungsantrag 358
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe b**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) Richtlinie *2010/13/EG*;

b) Richtlinie *2010/13/EU, geändert durch die Richtlinie 2018/1808/EU*;

Or. en

**Änderungsantrag 359
Patrick Breyer**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) *die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der*

entfällt

Begründung

Im Einklang mit der Stellungnahme des LIBE-Ausschusses zum Gesetz über digitale Dienste. Das Gesetz über digitale Dienste ersetzt die Safe-Harbour-Bestimmungen der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr, und die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr hat das Urheberrecht nie unberührt gelassen. Es ist zwar verständlich, dass eine Kollision zwischen dem Gesetz über digitale Dienste und Artikel 17 der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt vermieden werden soll, aber die Formulierung, dass diese Verordnung die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts (allgemein, d. h. des gesamten Urheberrechts) unberührt lässt, ist zu weit gefasst. Eine solche „Blanko-Ausnahme“ würde das Verhältnis zwischen den Vorschriften der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr und dem Urheberrecht völlig verändern und zu großer Verwirrung führen.

Änderungsantrag 360

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte,

Geänderter Text

c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte, **insbesondere Richtlinie (EU) 2019/790 über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt,**

Änderungsantrag 361

Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte,

Geänderter Text

c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte, **insbesondere**

Or. en

Änderungsantrag 362
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte,

Geänderter Text

c) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte ***im Einklang mit den Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten;***

Or. fr

Änderungsantrag 363
Karen Melchior, Liesje Schreinemaker, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe h

Vorschlag der Kommission

h) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes und der Produktsicherheit, einschließlich der Verordnung (EU) 2017/2394,

Geänderter Text

h) die Unionsvorschriften auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes und der Produktsicherheit, einschließlich der Verordnung (EU) 2017/2394, ***Verordnung (EU) 2019/1020 und Verordnung XXX (Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit),***

Or. en

Änderungsantrag 364
Karen Melchior, Liesje Schreinemaker, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe i a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ia) die Richtlinie (EU) 2019/882,

Or. en

Änderungsantrag 365

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 – Absatz 5 – Buchstabe i a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ia) die Richtlinie 2006/123/EG.

Or. en

Änderungsantrag 366

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 1 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Die Kommission veröffentlicht bis zum [innerhalb eines Jahres nach Annahme dieser Verordnung] Leitlinien für das Verhältnis zwischen dieser Verordnung und den in Artikel 1 Absatz 5 aufgeführten Rechtsakten. In diesen Leitlinien werden alle potenziellen Konflikte zwischen den in diesen Rechtsakten aufgeführten Bedingungen und Verpflichtungen sowie die Frage geklärt, welche Rechtsakte Vorrang haben, wenn Maßnahmen im Einklang mit dieser Verordnung die Verpflichtungen eines anderen Rechtsakts erfüllen und welche Regulierungsbehörde zuständig ist.

Or. en

Änderungsantrag 367
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für etwaige Maßnahmen zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und zur Gewährleistung der Freiheit und des Pluralismus der Medien bleibt von dieser Verordnung unberührt und ist von dieser Verordnung nicht betroffen.

Or. fr

Änderungsantrag 368
Geoffroy Didier

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 1a

Vertragsbestimmungen

(1) Vertragsbestimmungen zwischen einem Anbieter von Vermittlungsdiensten und einem Unternehmer, einem gewerblichen Nutzer oder einem Nutzer von Vermittlungsdiensten, die dieser Verordnung zuwiderlaufen, sind nicht durchsetzbar.

(2) Diese Verordnung gilt ungeachtet des Rechts, das für Verträge zwischen Anbietern von Vermittlungsdiensten und einem Nutzer, einem Verbraucher, einem Unternehmer oder einem gewerblichen Nutzer gilt.

Or. en

Änderungsantrag 369
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) „aktiver Endnutzer“ eine Person, die erfolgreich auf eine Online-Schnittstelle zugreift und erhebliche Wechselwirkungen mit ihr, ihrem Produkt oder ihrer Dienstleistung hat;

Or. en

Änderungsantrag 370
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) „Verbraucher“ jede natürliche Person, die zu Zwecken handelt, die außerhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen oder beruflichen Tätigkeit liegen;

c) „Verbraucher“ jede natürliche Person, die zu Zwecken handelt, die außerhalb ihrer gewerblichen, geschäftlichen, **handwerklichen** oder beruflichen Tätigkeit liegen;

Or. en

Änderungsantrag 371
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Buchstabe d – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

d) „in der Union Dienstleistungen anbieten“ die Schaffung der Möglichkeit für juristische oder natürliche Personen in einem oder mehreren Mitgliedstaaten zur Nutzung der Dienste des Anbieters von

d) „in der Union Dienstleistungen anbieten“ die Schaffung der Möglichkeit für juristische oder natürliche Personen in einem oder mehreren Mitgliedstaaten zur Nutzung der Dienste des Anbieters von

Diensten der Informationsgesellschaft, der eine wesentliche Verbindung zur Union hat; eine solche wesentliche Verbindung gilt als gegeben, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat; ***besteht keine solche Niederlassung, erfolgt die Beurteilung einer wesentlichen Verbindung anhand besonderer faktischer Kriterien wie***

Diensten der Informationsgesellschaft, der eine wesentliche Verbindung zur Union hat; eine solche wesentliche Verbindung gilt als gegeben, wenn der Diensteanbieter eine Niederlassung in der Union hat; ***eine solche wesentliche Verbindung wird hergestellt, wenn die Tätigkeiten in einem oder mehreren Mitgliedstaaten durchgeführt werden;***

Or. fr

Änderungsantrag 372
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Buchstabe d – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

— ***einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder***

entfällt

Or. fr

Änderungsantrag 373

Axel Voss, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal, Daniel Buda

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe d – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

— ***einer erheblichen Zahl von Nutzern in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder***

— ***einer erheblichen Zahl von Nutzern im Verhältnis zur Bevölkerung in einem oder mehreren Mitgliedstaaten oder***

Or. en

Änderungsantrag 374
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Buchstabe d – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

— *der Ausrichtung von Tätigkeiten
auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten;*

Geänderter Text

entfällt

Or. fr

Änderungsantrag 375
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) „Unternehmer“ jede natürliche oder juristische Person, unabhängig davon, ob sie in privatem oder öffentlichem Eigentum steht, die für die Zwecke ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit entweder selbst oder durch eine andere in ihrem Namen oder Auftrag handelnde Person tätig wird;

Geänderter Text

e) „Unternehmer“ jede natürliche oder juristische Person, unabhängig davon, ob sie in privatem oder öffentlichem Eigentum steht, die für die Zwecke ihrer gewerblichen, geschäftlichen, handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit entweder selbst oder durch eine andere in ihrem Namen oder Auftrag handelnde Person tätig wird, **oder jede natürliche oder juristische Person, die Waren, digitale Inhalte oder Dienstleistungen in gewerblichem Rahmen anbietet;**

Or. en

Änderungsantrag 376
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) „Unternehmer“ jede natürliche oder juristische Person, unabhängig davon, ob sie in privatem oder öffentlichem Eigentum steht, die für die Zwecke ihrer

Geänderter Text

e) „Unternehmer“ jede natürliche oder juristische Person, unabhängig davon, ob sie in privatem oder öffentlichem Eigentum steht, die **Produkte und/oder**

gewerblichen, geschäftlichen,
handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit
entweder selbst oder durch eine andere in
ihrem Namen oder Auftrag handelnde
Person **tätig wird**;

Dienstleistungen für die Zwecke ihrer
gewerblichen, geschäftlichen,
handwerklichen oder beruflichen Tätigkeit
entweder selbst oder durch eine andere in
ihrem Namen oder Auftrag handelnde
Person **vermarktet**;

Or. fr

Änderungsantrag 377
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

– eine „Hosting“-Leistung, die darin
besteht, von einem Nutzer bereitgestellte
Informationen in dessen Auftrag zu
speichern;

Geänderter Text

– eine „Hosting“-Leistung, die darin
besteht, von einem Nutzer bereitgestellte
Informationen in dessen Auftrag zu
speichern, **es sei denn, diese Tätigkeit ist
eine mit einem anderen Dienst
verbundene zusätzliche Nebenfunktion,
die keine Dienstleistung der
Informationsgesellschaft ist und aus
objektiven oder technischen Gründen
nicht unabhängig erbracht werden kann**;

Or. en

Änderungsantrag 378
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Buchstabe f – Spiegelstrich 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– **eine Online-Suchmaschine im
Sinne von Artikel 2 Nummer 5 der
Verordnung (EU) 2019/1150;**

Or. fr

Änderungsantrag 379
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f – Spiegelstrich 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– *eine Online-Suchmaschine im Sinne von Artikel 2 Nummer 5 der Verordnung (EU) 2019/1150;*

Or. en

Änderungsantrag 380
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) „Live-Streaming-Plattform-Dienste“ Dienste der Informationsgesellschaft, bei denen der Hauptzweck bzw. einer der Hauptzwecke darin besteht, Audio- oder Videomaterial, das von den Nutzern dieses Dienstes live übertragen wird, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wobei der Diensteanbieter dieses Material organisiert und zum Zwecke der Gewinnerzielung bewirbt;

Or. en

Änderungsantrag 381
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe f b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fb) „private Messaging-Dienste“ nummernunabhängige interpersonelle

Kommunikationsdienste im Sinne von Artikel 2 Nummer 7 der Richtlinie (EU) 2018/1972, ausgenommen die Übertragung elektronischer Post im Sinne von Artikel 2 Buchstabe h der Richtlinie 2002/58/EG;

Or. en

Änderungsantrag 382
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche ***oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen***, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften, ***oder die aufgrund ihrer Verbindung mit oder der Förderung einer illegalen Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs von Erzeugnissen, Stoffen, Tieren oder Pflanzen oder der Erbringung von Dienstleistungen, unmittelbar zur Verbreitung solcher illegalen Inhalte in der Öffentlichkeit führen. Material, das für Bildungs-, Presse-, Forschungszwecke oder künstlerische Zwecke oder für die Zwecke der Verhütung oder Bekämpfung illegaler Inhalte verbreitet wird, gilt nicht als illegaler Inhalt, einschließlich der Inhalte, die eine Formulierung polemischer oder kontroverser Ansichten in der öffentlichen Debatte darstellen. Im Rahmen einer Bewertung wird der wahre Zweck dieser Verbreitung ermittelt und geprüft, ob Material für die genannten Zwecke öffentlich verbreitet wird.***

Or. en

Änderungsantrag 383

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die ***als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen***, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Or. en

Änderungsantrag 384

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, ***die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;***

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen ***oder Tätigkeiten***, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, ***die*** nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem ***straf-, verwaltungs- oder zivilrechtlichen Rahmen*** eines Mitgliedstaats stehen;

Or. en

Änderungsantrag 385

Antonius Manders

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit, einschließlich **des Verkaufs** von Produkten oder **der** Erbringung von Dienstleistungen, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit, einschließlich **Finanzbetrug, Verkauf** von Produkten oder **Erbringung** von Dienstleistungen, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Or. en

Änderungsantrag 386

Kosma Złotowski

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe g

Vorschlag der Kommission

g) „illegale Inhalte“ alle Informationen, **die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit,** einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Geänderter Text

g) „illegale Inhalte“ alle **spezifischen** Informationen **oder Tätigkeiten,** einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, **die** nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Or. en

Änderungsantrag 387

Kosma Złotowski

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende **und** mit einem anderen Dienst verbundene reine **Nebenfunktion** handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Dienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende **oder** mit einem anderen Dienst verbundene reine **Nebendienstleistung oder -funktion des Hauptdiensts** handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen anderen Dienst genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion **oder Funktionalität** in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Or. en

Änderungsantrag 388

Axel Voss, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h

Vorschlag der Kommission

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und mit **einem anderen Dienst** verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen **anderen Dienst** genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Geänderter Text

h) „Online-Plattform“ einen Hosting-Diensteanbieter, der im Auftrag eines Nutzers Informationen speichert und öffentlich verbreitet, sofern es sich bei dieser Tätigkeit nicht nur um eine unbedeutende und mit **dem Hauptdienst** verbundene reine Nebenfunktion handelt, die aus objektiven und technischen Gründen nicht ohne diesen **Hauptdienst** genutzt werden kann, und sofern die Integration der Funktion in den anderen Dienst nicht dazu dient, die Anwendbarkeit dieser Verordnung zu umgehen;

Or. en

Änderungsantrag 389

Axel Voss, Andrzej Halicki, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian

Doleschal, Daniel Buda, Pascal Arimont

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ha) „redaktionelle Plattform“ ein Vermittlungsdienst, der im Zusammenhang mit einer Presseveröffentlichung im Sinne von Artikel 2 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2019/790 oder einem anderen redaktionellen Mediendienst steht und der es Nutzern ermöglicht, Themen zu erörtern, die im Allgemeinen von den jeweiligen Medien abgedeckt werden, oder redaktionelle Inhalte zu kommentieren, und der unter der Aufsicht des Redaktionsteams der Veröffentlichung oder anderer redaktioneller Medien steht;

Or. en

**Änderungsantrag 390
Kosma Złotowski**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ha) „Online-Dienst eines sozialen Netzwerks“ eine Online-Plattform, auf der Endnutzer mit unterschiedlichen Geräten insbesondere durch Chats, Posts, Videos und Empfehlungen miteinander in Kontakt treten und kommunizieren sowie Inhalte teilen und entdecken können;

Or. en

**Änderungsantrag 391
Stéphane Séjourné**

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ha) „Online-Marktplatz“ eine Online-Plattform, die es Verbrauchern ermöglicht, Fernabsatzverträge mit anderen Unternehmern oder Verbrauchern auf ihrer Plattform abzuschließen;

Or. en

**Änderungsantrag 392
Marion Walsmann**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ha) „Online-Marktplatz“ eine Online-Plattform, auf der Verbraucher Fernabsatzverträge mit Unternehmen abschließen können;

Or. en

**Änderungsantrag 393
Kosma Zlotowski**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe h b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

hb) „redaktionelle Plattform“ ein Vermittlungsdienst, der im Zusammenhang mit einer Presseveröffentlichung im Sinne von Artikel 2 Nummer 4 der Richtlinie (EU) 2019/790 oder einem anderen redaktionellen Mediendienst steht und der es Nutzern ermöglicht, Themen zu erörtern, die im Allgemeinen von den jeweiligen Medien abgedeckt werden, oder

*redaktionelle Inhalte zu kommentieren,
und der unter der Aufsicht des
Redaktionsteams der Veröffentlichung
oder anderer redaktioneller Medien steht;*

Or. en

Änderungsantrag 394
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe i

Vorschlag der Kommission

i) „öffentliche Verbreitung“ die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Dritten im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat;

Geänderter Text

i) „öffentliche Verbreitung“ die ***Ausübung einer aktiven Rolle bei der*** Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Dritten im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat;

Or. en

Änderungsantrag 395
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Buchstabe i

Vorschlag der Kommission

i) „öffentliche Verbreitung“ die Bereitstellung von Informationen für eine potenziell unbegrenzte Zahl von Dritten im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat;

Geänderter Text

i) „öffentliche Verbreitung“ die Bereitstellung von Informationen für eine ***hohe oder*** potenziell unbegrenzte Zahl von Dritten im Auftrag des Nutzers, der die Informationen bereitgestellt hat;

Or. fr

Änderungsantrag 396
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe i a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ia) „Deepfake“ Bild-, Ton- oder Videoinhalte, die mithilfe von Instrumenten der künstlichen Intelligenz erzeugt oder manipuliert wurden, um eine merkliche Ähnlichkeit mit bestehenden Personen, Gegenständen, Orten oder anderen Einrichtungen oder Ereignissen herzustellen, und die einer Person fälschlicherweise als authentisch oder wahrheitsgemäß erscheinen;

Or. en

Änderungsantrag 397

Axel Voss, Michael Gahler, Sabine Verheyen, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal, Daniel Buda, Pascal Arimont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe i a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ia) „Live-Streaming-Plattform-Dienste“ Dienste der Informationsgesellschaft, bei denen der Hauptzweck bzw. einer der Hauptzwecke darin besteht, der Öffentlichkeit live übertragenes Audio- oder Videomaterial zugänglich zu machen und die der Diensteanbieter zum Zwecke der Gewinnerzielung organisiert und bewirbt;

Or. en

Änderungsantrag 398

Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Buchstabe n

Vorschlag der Kommission

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die Botschaft einer juristischen oder natürlichen Person zu verbreiten, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle gegen Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen angezeigt werden;

Geänderter Text

n) „Werbung“ Informationen, die dazu bestimmt sind, die Botschaft einer juristischen oder natürlichen Person zu verbreiten, unabhängig davon, ob damit gewerbliche oder nichtgewerbliche Zwecke verfolgt werden, und die von einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle ***direkt oder indirekt*** gegen Entgelt speziell zur Bekanntmachung dieser Informationen angezeigt werden;

Or. fr

Änderungsantrag 399
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Buchstabe o

Vorschlag der Kommission

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, ***das von*** einer Online-Plattform ***verwendet wird, um*** auf ihrer Online-Schnittstelle den Nutzern bestimmte Informationen ***vorzuschlagen***, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder ***das*** auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, ***mit dem*** einer Online-Plattform auf ihrer Online-Schnittstelle den Nutzern bestimmte Informationen ***vorschlägt, in eine Rangfolge bringt, priorisiert oder kuratiert***, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder ***mit dem*** auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt ***wird***;

Or. fr

Änderungsantrag 400

Axel Voss, Andrzej Halicki, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe o

Vorschlag der Kommission

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Geänderter Text

o) „Empfehlungssystem“ ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer **sehr großen** Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen, auch infolge einer vom Nutzer veranlassten Suche, oder das auf andere Weise die relative Reihenfolge oder Hervorhebung der angezeigten Informationen bestimmt;

Or. en

Änderungsantrag 401
Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q

Vorschlag der Kommission

q) „allgemeine Geschäftsbedingungen“ alle Bestimmungen, Bedingungen oder Spezifikationen, ungeachtet ihrer Bezeichnung oder Form, die die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Anbieter von Vermittlungsdiensten und den Nutzern regeln.

Geänderter Text

q) „allgemeine Geschäftsbedingungen“ alle Bestimmungen, Bedingungen oder Spezifikationen **des Diensteanbieters**, ungeachtet ihrer Bezeichnung oder Form, die die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Anbieter von Vermittlungsdiensten und den Nutzern regeln **und einseitig vom Anbieter der Online-Vermittlungsdienste festgelegt werden, wobei diese einseitige Festlegung der allgemeinen Geschäftsbedingungen auf der Grundlage einer Gesamtbewertung festgestellt wird, im Rahmen derer die relative Größe der betroffenen Parteien, die Tatsache, dass Verhandlungen stattgefunden haben, oder die Tatsache, dass einzelne Bestimmungen in diesen Bedingungen möglicherweise Gegenstand von Verhandlungen waren und gemeinsam von dem jeweiligen Anbieter und dem jeweiligen Nutzer festgelegt wurden, für sich genommen nicht entscheidend ist, oder die vom Anbieter von**

Vermittlungsdiensten festgelegten Regeln, nach denen die Nutzer den betreffenden Vermittlungsdienst in Anspruch nehmen dürfen.

Or. en

Änderungsantrag 402

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q

Vorschlag der Kommission

q) „allgemeine Geschäftsbedingungen“ alle Bestimmungen, Bedingungen oder Spezifikationen, ungeachtet ihrer Bezeichnung oder Form, die die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Anbieter von Vermittlungsdiensten und den Nutzern regeln.

Geänderter Text

q) „allgemeine Geschäftsbedingungen“ alle **von Anbieter von Vermittlungsdiensten bereitgestellten** Bestimmungen, Bedingungen oder Spezifikationen, ungeachtet ihrer Bezeichnung oder Form, die die vertraglichen Beziehungen zwischen dem Anbieter von Vermittlungsdiensten und den Nutzern regeln.

Or. en

Änderungsantrag 403

Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Buchstabe q a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qa) „zwingende Gründe des Allgemeininteresses“ Gründe, die in der Rechtsprechung des Gerichtshofs als solche anerkannt sind, insbesondere die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit, die öffentliche Gesundheit, die Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts des Systems der sozialen Sicherung, der Schutz der Verbraucher, der Dienstleistungsempfänger und der Arbeitnehmer, der Jugendschutz, die

Lauterkeit des Handelsverkehrs, die Betrugsbekämpfung, der Schutz der Umwelt und der städtischen Umgebung, die Tiergesundheit, die Rechte des geistigen Eigentums, die Erhaltung des historischen und künstlerischen nationalen Erbes, die Ziele der Sozial- und Kulturpolitik und die Wohnungspolitik;

Or. fr

Änderungsantrag 404
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qa) „dunkles Muster“ bezeichnet eine Online-Schnittstelle oder einen Teil davon, die durch ihre Struktur, ihr Design oder ihre Funktionalität die Autonomie, die Entscheidungsfindung, die Präferenzen oder die Auswahl der Nutzer untergräbt oder beeinträchtigt.

Or. en

Änderungsantrag 405
Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qa) „offensichtlich illegale Inhalte“ sämtliche Inhalte, die unverkennbar gegen rechtliche Bestimmungen verstoßen, die die Rechtmäßigkeit von Inhalten im Internet regeln, ohne dass eine eingehende Prüfung erforderlich ist.

Or. en

Änderungsantrag 406

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qa) „dunkles Muster“ eine Benutzeroberfläche, die so konzipiert oder manipuliert ist, dass sie die Autonomie, Entscheidungsfindung oder Auswahl des Nutzers erheblich untergräbt oder beeinträchtigt.

Or. en

Änderungsantrag 407

Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Buchstabe q b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qb) „Online-Marktplatz“ einen Dienst, der es Verbrauchern durch die Verwendung von Software, einschließlich einer Website, eines Teils einer Website oder einer Anwendung, die vom oder im Namen des Unternehmers betrieben wird, ermöglicht, Fernabsatzverträge mit anderen Unternehmern oder Verbrauchern gemäß der Richtlinie 2005/29/EG abzuschließen;

Or. fr

Änderungsantrag 408

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qb) „Deepfake“ einen erzeugten oder manipulierten Bild-, Ton- oder Videoinhalt, der bestehenden Personen, Gegenständen, Orten oder anderen Einrichtungen oder Ereignissen merklich ähnelt und einer Person fälschlicherweise echt oder wahrheitsgemäß erscheint;

Or. en

Änderungsantrag 409

Karen Melchior, Stéphane Séjourné, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qb) „Minderjähriger“ ein Kind unter 16 Jahren im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679.

Or. en

Änderungsantrag 410

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe q c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

qc) „Menschen mit Behinderungen“ Menschen mit Behinderungen im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2019/882;

Or. en

Änderungsantrag 411

Patrick Breyer

Artikel 2a

Digitaler Datenschutz

(1) Soweit technisch möglich, ermöglicht der Anbieter eines Dienstes der Informationsgesellschaft die Nutzung und Bezahlung dieses Dienstes, ohne personenbezogene Daten des Nutzers zu erheben.

(2) Anbieter eines Dienstes der Informationsgesellschaft verarbeiten personenbezogene Daten über die Nutzung des Dienstes durch einen Nutzer nur insoweit, als dies unbedingt erforderlich ist, um dem Nutzer die Nutzung des Dienstes zu ermöglichen oder dem Nutzer die Nutzung des Dienstes in Rechnung zu stellen. Betreiber von Online-Plattformen dürfen personenbezogene Daten über die Nutzung des Dienstes durch einen Nutzer ausschließlich zum Zwecke des Betriebs eines Empfehlungssystems verarbeiten, wenn der Nutzer seine ausdrückliche Einwilligung gemäß Artikel 4 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2016/679 gegeben hat. Die Mitgliedstaaten schreiben Anbietern von Diensten der Informationsgesellschaft nicht vor, personenbezogene Daten über die Nutzung des Dienstes durch alle Nutzer zu speichern.

(3) Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft haben das Recht, End-to-End-Verschlüsselungsdienste bereitzustellen und zu unterstützen.

Or. en

Begründung

Paragraph 1: According to Resolution 2020/2019(INL) - JURI report - par. 18, in line with the principle of data minimisation and in order to prevent unauthorised disclosure (such as a

recent data breach affecting 500 million users), identity theft and other forms of abuse of personal data, the DSA should provide for the right to use and pay for digital services anonymously wherever technically possible (see also Resolution 2020/2018(INL) - IMCO report - par. 37). This addresses, for example, the Facebook data breach which exposed unnecessarily collected private phone numbers, locations etc. of up to 500 mio. users to criminals. Paragraph 2: According to Resolutions 2020/2022(INI) - LIBE report - par. 9, and 2020/2019(INL), par. 26, the online activities of an individual allow for deep insights into their (past and future) behaviour and make it possible to manipulate them. Users shall therefore be given a right not to be subject to pervasive tracking when using digital services, except where strictly necessary to provide the service and to bill the users (JURI opinion PE652.326v02, par. 4). This excludes i.e. behavioral advertising, as requested by LIBE and suggested by the EDPS. Merely requiring user consent for behavioral advertising would not effectively protect privacy and would fail to create a level playing field with traditional media some of which are existentially threatened due to the loss of advertising revenue to online services that offer targeted advertising. The sentence on data retention is based on 2020/2022(INI), par. 31. Paragraph 3: According to Resolution 2020/2018(INL), par. 26, applying effective end-to-end encryption to data is essential for trust in and security on the Internet, and effectively prevents unauthorised third party access, including to personal data.

Änderungsantrag 412

Patrick Breyer, Kim Van Sparrentak, Alexandra Geese, Rasmus Andresen, Clare Daly, Marcel Kolaja

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 2b

Ausrichtung von digitaler Werbung

(1) Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft dürfen keine personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 sammeln oder verarbeiten, um die Nutzer zu ermitteln, denen Werbung angezeigt wird.

(2) Diese Bestimmung darf die Dienste der Informationsgesellschaft nicht daran hindern, die Nutzer, denen Werbung angezeigt wird, anhand von Kontextinformationen wie Schlüsselwörtern, der vom Gerät des Nutzers übermittelten Spracheinstellung oder der geografischen Region der Nutzer, denen eine Werbung angezeigt wird, zu bestimmen.

(3) Die Verwendung der in Absatz 2 genannten Kontextinformationen ist nur zulässig, wenn sie nicht die direkte oder – durch Kombination mit anderen Informationen – die indirekte Identifizierung einer oder mehrerer natürlicher Personen ermöglicht, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität der betreffenden natürlichen Person oder Personen sind.

Or. en

Begründung

Die schrittweise Einstellung der personalisierten Werbung folgt einem ähnlichen Ansatz, wie er vom LIBE-Ausschuss gefordert und vom EDSB vorgeschlagen wurde (Stellungnahme Ziffer 69). Die bloße Einholung der Einwilligung der Nutzer für personalisierte Werbung würde die Privatsphäre nicht wirksam schützen und keine gleichen Wettbewerbsbedingungen für traditionelle Medien schaffen, von denen einige aufgrund des Verlusts von Werbeeinnahmen an Online-Dienste, die gezielte Werbung anbieten, existenziell bedroht sind.

Änderungsantrag 413

Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 – Absatz 1 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

(1) Bei der Durchführung eines Dienstes der Informationsgesellschaft, der darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln oder Zugang zu einem Kommunikationsnetz zu vermitteln, haftet der Diensteanbieter nicht für die übermittelten Informationen, sofern er

Geänderter Text

(1) Bei der Durchführung eines Dienstes der Informationsgesellschaft, der darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln oder Zugang zu einem Kommunikationsnetz zu vermitteln **oder die Sicherheit dieser Übermittlung zu verbessern**, haftet der Diensteanbieter nicht für die übermittelten Informationen, sofern er

Änderungsantrag 414

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) **Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.** **entfällt**

Or. en

Begründung

Gemäß der Entschließung 2020/2022 (INI) – Bericht des JURI-Ausschusses – Ziffer 22 sollten illegale Inhalte dort entfernt werden, wo sie gehostet werden, und Vermittler, deren Rolle auf die reine Durchleitung beschränkt ist, sollten nicht dazu verpflichtet werden, den Zugang zu Inhalten zu blockieren (ebenso in der Entschließung 2020/2018 (INL) – Bericht des IMCO-Ausschusses – Ziffer 49). Die Sperrung des Zugangs kann leicht umgangen werden (z. B. durch einen Wechsel der DNS-Server) und führt häufig zu einer Übersperrung und einer damit einhergehenden Unterdrückung rechtmäßiger Äußerungen, die auf derselben Website, bei demselben Anbieter oder über dasselbe Netzwerk (IP-Adresse) gehostet werden.

Änderungsantrag 415

Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 3 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

(3) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht oder eine **funktionell unabhängige** Verwaltungsbehörde nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu

verhindern.

Or. en

Änderungsantrag 416

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 4 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht **oder eine Verwaltungsbehörde** nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(2) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Or. en

Begründung

Um das Recht auf freie Meinungsäußerung zu wahren, liegt die endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit von Inhalten bei der unabhängigen Justiz (Entschließung 2020/2019 (INL), Ziffer 5). Dies entspricht den Empfehlungen, die in der Gemeinsamen Erklärung über internationale Mechanismen zur Förderung der Meinungsfreiheit des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen für Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit und des Sonderberichterstatters der OAS über die Freiheit der Meinungsäußerung enthalten sind.

Änderungsantrag 417

Raffaele Stancanelli

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, **zügig tätig wird, um** den Zugang zu den illegalen Inhalten **zu sperren oder diese zu entfernen**.

Geänderter Text

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, den Zugang zu den illegalen Inhalten **zügig und dauerhaft sperrt oder diese zügig und dauerhaft entfernt**; „zügig“ bedeutet unverzüglich oder so schnell wie möglich, spätestens

jedoch innerhalb von 30 Minuten, wenn es sich bei den illegalen Inhalten um eine Übertragung handelt.

Or. en

Begründung

Es muss unbedingt definiert werden, dass eine zügige Entfernung innerhalb der ersten 30 Minuten zu erfolgen hat.

Änderungsantrag 418

Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, **zügig** tätig wird, um den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.

Geänderter Text

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, tätig wird, um den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen, ***wenn die Inhalte oder Tätigkeiten nach Artikel 2 Buchstabe g als illegal anzusehen sind.***

Or. en

Änderungsantrag 419

Axel Voss, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, **zügig** tätig wird, **um** den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.

Geänderter Text

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, ***innerhalb der in Artikel 51a (neu) genannten Fristen*** tätig wird, ***wenn es darum geht***, den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.

Or. en

Änderungsantrag 420
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 1 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, zügig tätig wird, **um den Zugang zu den illegalen Inhalten zu sperren oder diese zu entfernen.**

Geänderter Text

b) sobald er diese Kenntnis oder dieses Bewusstsein erlangt, zügig tätig wird **und die illegalen Inhalte dauerhaft entfernt oder den Zugang zu ihnen dauerhaft sperrt;**

Or. fr

Änderungsantrag 421

Axel Voss, Antonius Manders, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal, Daniel Buda, Pascal Arimont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Unbeschadet spezifischer Fristen, die im Unionsrecht oder in behördlichen oder gerichtlichen Anordnungen festgelegt sind, müssen Anbieter von Hosting-Diensten, sobald sie tatsächliche Kenntnis oder Wissen von illegalen Inhalten erlangen, diese so schnell wie möglich entfernen oder den Zugang zu ihnen sperren:

a) innerhalb von 30 Minuten, wenn es sich bei den illegalen Inhalten um die Übertragung einer Live-Sport- oder Unterhaltungsveranstaltung handelt;

b) innerhalb von 24 Stunden, wenn die illegalen Inhalte die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit ernsthaft gefährden können oder die Gesundheit oder Sicherheit der Verbraucher ernsthaft

gefährden;

c) innerhalb von sieben Tagen in allen anderen Fällen, in denen die illegalen Inhalte die öffentliche Ordnung, die öffentliche Sicherheit, die öffentliche Gesundheit oder die Gesundheit oder Sicherheit der Verbraucher nicht ernsthaft gefährden;

in Fällen, in denen der Anbieter von Hosting-Diensten der Verpflichtung nach Absatz 1a aus Gründen höherer Gewalt oder aus sachlich gerechtfertigten technischen oder betrieblichen Gründen nicht nachkommen kann, informiert er unverzüglich die zuständige Behörde.

Or. en

Änderungsantrag 422
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung, *wenn der Nutzer dem Diensteanbieter untersteht oder von ihm beaufsichtigt wird.*

Geänderter Text

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung

a) wenn der Nutzer dem Diensteanbieter untersteht oder von ihm beaufsichtigt wird,

b) auf Marktplätze gemäß Artikel 25, die den Artikeln 11, 13, 14 Absatz 1, 19 Absatz 1, 22, 24 und 29 in Bezug auf die Sorgfaltspflichten nicht entsprechen,

c) auf große Online-Plattformen im Sinne des Artikel 25, wenn sie den Verpflichtungen nach Artikel 9 dieser Verordnung nicht nachkommen.

Or. fr

Änderungsantrag 423

Axel Voss, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal, Pascal Arimont

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn der Hauptzweck der Dienstleistung der Informationsgesellschaft darin besteht, illegale Tätigkeiten auszuüben oder zu ermöglichen, oder wenn ein Anbieter von Dienstleistungen der Informationsgesellschaft bewusst mit einem Nutzer zusammenarbeitet, um illegale Tätigkeiten auszuüben.

Or. en

Änderungsantrag 424

Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die **verbraucherschutzrechtliche** Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmern ermöglichen, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Änderungsantrag 425

Axel Voss, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Geänderter Text

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Verbraucherschutzrechtliche Haftung von Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen **auf der Plattform** ermöglichen, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von der Online-Plattform selbst oder von einem ihrer Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Or. en

Änderungsantrag 426

Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Verbraucherschutzrechtliche Haftung von **Online-Plattformen, die Verbrauchern das Abschließen von Fernabsatzverträgen mit Unternehmen ermöglichen**, wenn die Online-Plattform

Geänderter Text

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Verbraucherschutzrechtliche Haftung von **Anbietern von Online-Marktplätzen**, wenn die Online-Plattform die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende

die spezifischen Einzelinformationen dazu darstellt oder die betreffende Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von **der Online-Plattform** selbst oder von einem **ihrer** Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Einzeltransaktion anderweitig in einer Weise ermöglicht, bei der ein durchschnittlicher und angemessen informierter Verbraucher davon ausgehen kann, dass die Information oder das Produkt oder die Dienstleistung, die bzw. das Gegenstand der Transaktion ist, entweder von dem **Online-Marktplatz** selbst oder von einem **seiner** Aufsicht unterstehenden Nutzer bereitgestellt wird.

Or. en

Änderungsantrag 427
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Absatz 1 gilt nicht für die Haftung von Online-Marktplätzen für illegale Inhalte auf ihrer Plattform.

Or. fr

Änderungsantrag 428
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 3 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3b) Absatz 1 gilt nicht, wenn der Anbieter von Vermittlungsdiensten eine aktive Rolle bei der Bereitstellung, Optimierung, Klassifizierung oder Organisation der Referenzierung oder Bewerbung von Inhalten spielt.

Or. fr

Änderungsantrag 429

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht ***oder eine Verwaltungsbehörde*** nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Geänderter Text

(4) Dieser Artikel lässt die Möglichkeit unberührt, dass ein Gericht nach den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten vom Diensteanbieter verlangt, eine Zuwiderhandlung abzustellen oder zu verhindern.

Or. en

Änderungsantrag 430

Axel Voss, Michael Gahler, Sabine Verheyen, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 5a

Die in den Artikeln 3, 4 und 5 vorgesehenen Ausnahmen von der Haftung gelten nicht, wenn der Dienst der Informationsgesellschaft eine aktive Rolle spielt, durch die er Kenntnis oder Kontrolle über die vom Nutzer bereitgestellten Informationen erlangt.

Or. en

Änderungsantrag 431

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 6

Artikel 6

entfällt

**Freiwillige Untersuchungen auf
Eigeninitiative und Einhaltung der
Rechtsvorschriften**

**Anbieter von Vermittlungsdiensten
kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5
genannten Haftungsausschlüsse auch
dann in Betracht, wenn sie auf
Eigeninitiative freiwillige
Untersuchungen oder andere Tätigkeiten
zur Erkennung, Feststellung und
Entfernung illegaler Inhalte oder zur
Sperrung des Zugangs zu illegalen
Inhalten durchführen oder die
erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um
den Anforderungen des Unionsrechts und
insbesondere dieser Verordnung
nachzukommen.**

Or. en

Begründung

According to Resolutions 2020/2018(INL), par. 56, and 2020/2019(INL), par. 5, the responsibility for enforcing the law must rest with public authorities. Private providers and their contractors lack the independence, qualification and accountability of public officials and shall not be encouraged to take law enforcement in their own hands. The "good samaritan"-type provision is also unnecessary in Union law and without practical effect because nothing in Articles 3-5 states that providers are liable solely due to their own initiative. For instance, courts have not considered that the use of YouTube's Content ID led to YouTube playing an active role in the provision of its users' content. Where case-law on the 'active' or 'passive' role of providers has resulted in legal uncertainty, it did not relate to compliance measures and is better addressed by the amendment to recital 18 proposed above.

**Änderungsantrag 432
Emmanuel Maurel**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1**

**Anbieter von Vermittlungsdiensten
kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5
genannten Haftungsausschlüsse auch**

**Wenn Anbieter von Vermittlungsdiensten
aufgrund von auf Eigeninitiative
durchgeführten Untersuchungen Kenntnis**

*dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative **freiwillige** Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.*

*von einer illegalen Tätigkeit oder von illegalen Inhalten **erlangen**, können sie nicht in den Genuss von Haftungsausschlüssen kommen.*

Sie müssen daher so schnell wie möglich handeln, um diese Inhalte zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren.

Or. fr

Änderungsantrag 433
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts **oder nationalen Rechts gemäß Unionsrecht** und insbesondere **der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sowie den Anforderungen** dieser Verordnung nachzukommen.

Or. en

Änderungsantrag 434
Alessandra Basso, Gunnar Beck, Gilles Lebreton

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung und Entfernung illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts **und des nationalen Rechts** und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Or. en

Änderungsantrag 435
Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung, Feststellung **und Entfernung** illegaler Inhalte oder zur Sperrung des Zugangs zu illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten kommen für die in den Artikeln 3, 4 und 5 genannten Haftungsausschlüsse auch dann in Betracht, wenn sie auf Eigeninitiative freiwillige Untersuchungen oder andere Tätigkeiten zur Erkennung **und** Feststellung **offensichtlich** illegaler Inhalte oder zur **vorübergehenden** Sperrung des Zugangs zu **offensichtlich** illegalen Inhalten durchführen oder die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Anforderungen des Unionsrechts und insbesondere dieser Verordnung nachzukommen.

Or. en

Änderungsantrag 436
Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten unterrichten die zuständige Justiz- oder Verwaltungsbehörde und den Nutzer des betreffenden Dienstes unverzüglich über die Erkennung und/oder Sperrung des Zugangs zu offensichtlich illegalen Inhalten; die unterrichteten Behörden genehmigen die dauerhafte Entfernung der gemeldeten Inhalte;

Or. en

Änderungsantrag 437
Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Freiwillige Untersuchungen aus Eigeninitiative dürfen nicht zu Ex-ante-Kontrollmaßnahmen auf der Grundlage automatisierter Tools zur Moderation von Inhalten führen.

Or. en

Änderungsantrag 438
Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose, Brando Benifei

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 6 – Absatz 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Anbieter von Vermittlungsdiensten

stellen sicher, dass solche Maßnahmen mit geeigneten Garantien einhergehen, wie menschliche Aufsicht, Dokumentation, Rückverfolgbarkeit, Transparenz der verwendeten Algorithmen oder zusätzliche Maßnahmen zur Sicherstellung der Genauigkeit, Fairness, Transparenz und Nichtdiskriminierung freiwilliger Untersuchungen auf Eigeninitiative.

Or. en

Änderungsantrag 439
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung *oder* aktiven Nachforschung

Geänderter Text

Keine allgemeine Verpflichtung zur Überwachung, aktiven Nachforschung *oder automatisierten Moderation von Inhalten*

Or. en

Änderungsantrag 440
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Geänderter Text

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten. *Diese Verordnung hindert Anbieter nicht daran, End-to-End-Verschlüsselungsdienste anzubieten. Die Erbringung solcher Dienste stellt*

keinen Grund für eine Haftung oder für die Nichtanwendbarkeit der Haftungsausschlüsse dar.

Or. en

Begründung

Verschlüsselung ist ein wichtiges Instrument für die Cybersicherheit. Wird sie eingeschränkt oder Anforderungen aufgestellt, „Hintertüren“ zu ermöglichen, gefährdet dies die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in der EU.

Änderungsantrag 441

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Brando Benifei

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten.

Geänderter Text

Anbietern von Vermittlungsdiensten wird keine allgemeine Verpflichtung auferlegt, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder aktiv nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten. ***Anbieter von Vermittlungsdiensten sind nicht verpflichtet, automatisierte Tools für die Moderation von Inhalten zu verwenden.***

Or. en

Änderungsantrag 442

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 7 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten sind nicht verpflichtet, automatisierte Tools für die Moderation von Inhalten zu verwenden.

Begründung

According to resolutions 2020/2022(INI), par. 13, and 2020/2018(INL), par. 45, service providers shall not be obliged to use automated tools in content moderation because automated content moderation tools are incapable of effectively understanding the subtlety of context and meaning in human communication, which is necessary to determine whether assessed content violates the law or terms of service. Human review of automated reports by service providers or their contractors does not fully solve this problem, especially if it is outsourced to private staff that lack sufficient independence, qualification and accountability (resolution 2020/2022(INI), par. 12). The responsibility for deciding on the legality of information shall rest with public authorities and not private entities. According to LIBE opinion PE650.375v02, par. 22, an explicit exclusion of such obligations is needed to clarify that nothing in the law shall be interpreted to require the use of such tools or to allow authorities to impose them. The provision is in line with Article 4 (8) of the recently adopted Regulation on Terrorist Content Online. According to Article 1 of the proposal this provision is without prejudice to Article 17 of the Copyright Directive which explicitly mandates the use of automated tools. The compliance of this obligation with fundamental rights is currently subject to judicial review.

Änderungsantrag 443 **Karen Melchior**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 7 – Absatz 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Anbieter von Vermittlungsdiensten sind nicht verpflichtet, automatisierte Tools für die Moderation von Inhalten zu verwenden.

Or. en

Änderungsantrag 444 **Patrick Breyer**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 8 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von ***den zuständigen***

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt ***über einen sicheren***

nationalen **Justiz- oder Verwaltungsbehörden** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen **zu welchem Zeitpunkt** ergriffen wurden.

Kommunikationskanal, die von **einer** nationalen **Justizbehörde** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen ergriffen wurden. **Diese Vorschrift gilt entsprechend für die zuständigen Verwaltungsbehörden, die Online-Plattformen anweisen, gegen Unternehmen vorzugehen, die in der Union rechtswidrig Waren oder Dienstleistungen bewerben oder anbieten.**

Or. en

Begründung

To safeguard freedom of expression, the final decision on the legality of content shall rest with the independent judiciary (resolution 2020/2019(INL), par. 5). Suppressing online speech interferes with fundamental rights and requires a balancing of interests which is typically entrusted to independent courts. Administrative authorities are controlled by the government whereas the judiciary is shielded against politically motivated interference. This corresponds to recommendations i.e. in the Joint Declaration on International Mechanisms for Promoting Freedom of Expression of the UN Special Rapporteur on Freedom of Opinion and Expression, the OSCE Representative on Freedom of the Media and the OAS Special Rapporteur on Freedom of Expression. Due to the reduced risk to freedom of expression in the case of commercial offers it would appear acceptable to allow for administrative orders to act against unlawful offers.

Änderungsantrag 445 **Karen Melchior**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 8 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen **einzelnen** bestimmten illegalen Inhalt, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht, **einschließlich der Charta der**

Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Grundrechte der Europäischen Union, erlassen wurde ***und direkt von ihnen empfangen wurde***, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Or. en

Begründung

Die Anordnungen sollten direkt von den Behörden und nicht über Dritte empfangen werden. Andernfalls könnten Zweifel an der Gültigkeit der Anordnung aufkommen.

Änderungsantrag 446

Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Anordnung zum Vorgehen gegen einen bestimmten illegalen Inhalt ***oder mehrere illegale Inhalte über einen sicheren Kommunikationskanal***, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

Or. en

Änderungsantrag 447

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Kann der Anbieter der Anordnung zur Entfernung nicht nachkommen, weil sie offensichtliche Fehler enthält oder keine ausreichenden Informationen für deren Ausführung enthält, so unterrichtet er unverzüglich die Behörde, die die Anordnung erlassen hat.

Or. en

Änderungsantrag 448

Karen Melchior, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Befindet sich die Hauptniederlassung oder der gesetzliche Vertreter des Anbieters nicht im Mitgliedstaat der zuständigen Behörde, die die Anordnung erlassen hat, und ist der Anbieter der Auffassung, dass die Umsetzung einer nach Absatz 1 erlassenen Anordnung gegen die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, das Unionsrecht oder das nationale Recht des Mitgliedstaats, in dem sich die Hauptniederlassung oder der gesetzliche Vertreter des Anbieters befindet, verstoßen würde oder die Bedingungen des Absatzes 2 nicht erfüllt, hat der Anbieter das Recht, beim Niederlassungsmitgliedstaat einen begründeten Antrag auf eine Entscheidung des Koordinators für digitale Dienste zu stellen. Der Anbieter unterrichtet die Behörde, die die Anordnung erlassen hat, über diesen Antrag.

Or. en

Änderungsantrag 449
Karen Melchior, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 1 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1c) Nach Eingang eines solchen Antrags wird er vom Koordinator für digitale Dienste zeitnah geprüft, und der Anbieter über seine Entscheidung unterrichtet. Stimmt der Koordinator für digitale Dienste der Argumentation des Anbieters ganz oder teilweise zu, unterrichtet er unverzüglich den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlassen hat, über seinen Einspruch. Der Koordinator für digitale Dienste kann beschließen, im Namen des Anbieters bei Rechtsbehelfen, Einsprüchen oder sonstigen gerichtlichen Verfahren im Zusammenhang mit der Anordnung tätig zu werden.

Or. en

Änderungsantrag 450
Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 1 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1d) Bis zur Rücknahme eines Einspruchs gemäß Absatz 1 Buchstabe c werden Sanktionen, Geldbußen oder andere Strafen im Zusammenhang mit der Nichtumsetzung einer Anordnung der zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden ausgesetzt und die Anordnung verliert ihre Rechtswirkung.

Änderungsantrag 451
Karen Melchior, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 1 e (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1e) Die Absätze 1b und 1c gelten weder für sehr große Online-Plattformen noch für den Fall, dass ein Inhalt nach Unionsrecht offensichtlich illegal ist.

Or. en

Änderungsantrag 452
Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose, Brando Benifei

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– eine Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts, gegen die verstoßen wurde,

– eine Begründung, warum es sich bei den Informationen um illegale Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts, gegen die verstoßen wurde, ***unter gebührender Berücksichtigung der Grundrechte des Nutzers des betreffenden Diensts,***

Or. en

Änderungsantrag 453
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- **die Angabe der anordnenden Behörde und die Mittel zur Überprüfung der Echtheit der Anordnung;**

Or. en

Änderungsantrag 454

Timo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- **die Angabe der zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde;**

Or. en

Änderungsantrag 455

Timo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- **die Angabe der Rechtsgrundlage für die Anordnung;**

Or. en

Änderungsantrag 456

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

- Angaben über **Rechtsbeihilfe**, die dem Diensteanbieter und dem Nutzer, der

- Angaben über **Rechtsbeihilfemechanismen**, die dem

den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Diensteanbieter und dem Nutzer, der den Inhalt bereitgestellt hat, zur Verfügung stehen.

Or. en

Änderungsantrag 457

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Der räumliche Geltungsbereich der Anordnung darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung ihres Ziels unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

Geänderter Text

b) Der räumliche Geltungsbereich der Anordnung ***an einen Anbieter, dessen Hauptniederlassung sich in dem Mitgliedstaat befindet, der die Anordnung erlassen hat***, darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung ihres Ziels unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

Or. en

Änderungsantrag 458

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Der räumliche Geltungsbereich ***der*** Anordnung darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung ihres Ziels unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

Geänderter Text

b) Der räumliche Geltungsbereich ***einer*** Anordnung ***an einen Anbieter, dessen Hauptniederlassung sich in dem Mitgliedstaat befindet, der die Anordnung erlassen hat***, darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung ihres Ziels

unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

Or. en

Änderungsantrag 459
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Der räumliche Geltungsbereich der Anordnung darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung ihres Ziels unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

Geänderter Text

b) Der räumliche Geltungsbereich der Anordnung darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung ihres Ziels unbedingt erforderliche Maß **und in keinem Fall über das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats der Anordnung** hinausgehen.

Or. en

Änderungsantrag 460
Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Der räumliche Geltungsbereich einer Anordnung, die an einen Anbieter gerichtet ist, der seine Hauptniederlassung oder rechtliche Vertretung in einem anderen Mitgliedstaat oder außerhalb der Union hat, ist auf das Hoheitsgebiet des erlassenden Mitgliedstaats beschränkt, es sei denn, die Rechtsgrundlage der Anordnung ist unmittelbar anwendbares Unionsrecht.

Änderungsantrag 461

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ba) Der räumliche Geltungsbereich einer an einen Anbieter gerichteten Anordnung, der seine Hauptniederlassung in einem anderen Mitgliedstaat hat, ist auf das Hoheitsgebiet des erlassenden Mitgliedstaats beschränkt.

Or. en

Begründung

According to resolution 2020/2022(INI), par. 15, in order to protect freedom of speech, to avoid conflicts of laws, to avert unjustified and ineffective geo-blocking and to aim for a harmonised digital single market, hosting service providers should not be required to remove or disable access to information that is legal in the Member State that they are established in, or where their designated legal representative resides or is established ("what is legal offline is also legal online", see also resolution 2020/2018(INL), par. 55). In line with the 1st reading position on the Regulation on Terrorist Content Online, cross-border removal orders are acceptable where their effect is limited to the territory of the issuing Member State.

Änderungsantrag 462

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

bb) Richtet sich die Anordnung an einen Anbieter, der seine Hauptniederlassung außerhalb der Union hat, ist ihr räumlicher Geltungsbereich auf das Hoheitsgebiet des erlassenden Mitgliedstaats beschränkt.

Begründung

Resolution 2020/2022(INI), par. 15, maintains that hosting service providers shall not be required to remove or disable access to information that is legal in their country of origin (likewise resolution 2020/2018(INL), par. 55). This also means that EU authorities can order the blocking of content legally published outside the Union only with effect for its own territory (e.g. content legally published in the U.S.). This avoids that third countries will themselves start ordering EU providers to remove content legally published in the Union. This is in line with the Terrorist Content Online regulation requiring providers to "disable access to terrorist content in all Member States".

Änderungsantrag 463
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe b c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

bc) Die Buchstaben ba und bb gelten nicht, wenn Online-Plattformen angewiesen werden, gegen Unternehmer vorzugehen, die in demselben Mitgliedstaat wie die Anordnungsbehörde niedergelassen sind und die in der Union rechtswidrig Waren oder Dienstleistungen bewerben oder anbieten.

Or. en

Begründung

Aufgrund der begrenzten Auswirkungen auf das Recht auf freie Meinungsäußerung ist es akzeptabel, grenzüberschreitende Anordnungen zuzulassen, wenn es um kommerzielle Angebote geht.

Änderungsantrag 464
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) Die Anordnung wird in der vom

c) Die Anordnung wird in der vom

Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Diensteanbieter angegebenen Sprache ***oder in der Amtssprache des Mitgliedstaats, der die Anordnung gegen den spezifischen illegalen Inhalt erteilt***, abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt; ***gegebenenfalls kann die Kontaktstelle die zuständige Behörde auffordern, eine Übersetzung in die vom Anbieter angegebene Sprache bereitzustellen.***

Or. en

Änderungsantrag 465
Raffaele Stancanelli

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Die Einhaltung der in der Anordnung genannten Maßnahmen sollte unter Berücksichtigung der verfügbaren technischen Möglichkeiten des betreffenden Diensteanbieters technisch machbar sein.

Or. en

Begründung

Die Anordnungen müssen insofern verhältnismäßig sein, als dass stets die technische Machbarkeit der erforderlichen Maßnahmen berücksichtigt werden sollte.

Änderungsantrag 466
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Der Akteur, der die Anordnung erhält, ist technisch und operativ in der Lage, gegen bestimmte gemeldete illegale

Inhalte vorzuziehen, und hat die direkte Kontrolle darüber.

Or. en

Änderungsantrag 467
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Die Anordnung wird nur erlassen, wenn keine anderen wirksamen Mittel zur Verfügung stehen, um die Beendigung oder das Verbot des Verstoßes herbeizuführen.

Or. en

Änderungsantrag 468
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 – Buchstabe c b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

cb) Ist mehr als ein Anbieter von Vermittlungsdiensten für das Hosting des bestimmten Inhalts verantwortlich, so wird die Anordnung an den am besten geeigneten Anbieter gerichtet, der technisch und operativ in der Lage ist, gegen den bestimmten Inhalt vorzugehen.

Or. en

Änderungsantrag 469
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Kommission erlässt nach Anhörung des Gremiums delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, in denen sie eine bestimmte Vorlage und Form für diese Anordnungen festlegt.

Or. en

Änderungsantrag 470

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Anbieter das Recht haben, Rechtsmittel gegen die Durchführung der Anordnung einzulegen und Einwände dagegen zu erheben, und erleichtern die Ausübung dieses Rechts und den Zugang dazu.

Or. en

Änderungsantrag 471

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 8 – Absatz 2 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2c) Wird von einer zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde angeordnet, gegen einen bestimmten illegalen Inhalt vorzugehen, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die zuständige nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde den Koordinator für digitale Dienste aus dem Mitgliedstaat der Justiz- oder

Änderungsantrag 472
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Wenn nach Erhalt der Kopie der Anordnung mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste der Auffassung sind, dass die Anordnung gegen Unionsrecht oder nationales Recht verstößt, das mit dem Unionsrecht, einschließlich der Charta, im Einklang steht, können sie dem Gremium gegenüber der Durchsetzung der Anordnung auf der Grundlage einer begründeten Erklärung widersprechen. Auf Empfehlung des Gremiums kann die Kommission entscheiden, ob die Anordnung durchgesetzt wird.

Wurde die Anordnung, gegen einen bestimmten illegalen Inhalt nach Unionsrecht oder nationalem Recht vorzugehen, von der nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde eines Mitgliedstaats erlassen, der einem Verfahren nach Artikel 7 wegen Verletzung der Grundwerte der EU gemäß Artikel 2 EUV unterliegt, so kann jeder Koordinator für digitale Dienste direkt bei der Kommission Einspruch gegen die Anordnung erheben. Die Kommission

prüft den Einspruch gegen die Anordnung vorrangig und entscheidet so rasch wie möglich, spätestens jedoch 48 Stunden nach Eingang des Einspruchs, ob die Anordnung durchgesetzt wird.

Or. en

Änderungsantrag 473
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der **Justiz- oder Verwaltungsbehörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der **Behörde**, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen anderen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Or. en

Änderungsantrag 474
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Wenn nach Erhalt der Kopie der Anordnung mindestens drei Koordinatoren für digitale Dienste der Auffassung sind, dass die Anordnung gegen Unionsrecht oder nationales Recht verstößt, das mit dem Unionsrecht, einschließlich der Charta, im Einklang steht, können sie dem Gremium gegenüber der Durchsetzung der Anordnung auf der Grundlage einer

*begründeten Erklärung widersprechen.
Auf Empfehlung des Gremiums kann die
Kommission entscheiden, ob die
Anordnung durchgesetzt wird.*

Or. en

Änderungsantrag 475
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Der Koordinator für digitale Dienste jedes Mitgliedstaats ist berechtigt, auf eigene Initiative innerhalb von 96 Stunden nach Erhalt einer Kopie der Anordnung, über das gemäß Absatz 4a dieses Artikels entwickelte System zu handeln, die Anordnung zu prüfen, um festzustellen, ob sie gegen das Recht des jeweiligen Mitgliedstaats verstößt, und sie in seinem Hoheitsgebiet für ungültig zu erklären, indem er eine begründete Entscheidung erlässt.

Or. en

Änderungsantrag 476
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Die Koordinatoren für digitale Dienste veröffentlichen in mindestens einer der Amtssprachen des Mitgliedstaats, in dem sie tätig sind, eine „Toolbox“ mit Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismen, die in dem jeweiligen Hoheitsgebiet anwendbar sind.

Änderungsantrag 477
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 3 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3b) Wenn der Koordinator für digitale Dienste eine begründete Entscheidung gemäß Absatz 3a trifft,

a) teilt der Koordinator für digitale Dienste diese Entscheidung der anordnenden Behörde und dem betreffenden Anbieter des Dienstes mit und

b) gibt der betreffende Anbieter nach Erhalt der Entscheidung, mit der festgestellt wurde, dass der Inhalt nicht illegal war, den Inhalt oder den Zugang dazu im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats des Koordinators für digitale Dienste, der die Entscheidung erlassen hat, unverzüglich wieder frei.

Änderungsantrag 478
Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht, **einschließlich der Charta der Grundrechte**, stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts **und Verwaltungsrechts** unberührt. **Die Behörden handeln im Einklang mit diesen Rechtsvorschriften und gehen**

nicht über das zur Erreichung der darin verfolgten Ziele erforderliche Maß hinaus.

Or. en

Änderungsantrag 479
Marion Walsmann

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

Geänderter Text

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden ***zivilgerichtlichen Entscheidungen und*** Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

Or. en

Änderungsantrag 480
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte zur Organisation eines europäischen Informationsaustauschsystems, das eine sichere Kommunikation und Authentifizierung autorisierter Anordnungen zwischen den zuständigen Behörden, Koordinatoren für digitale Dienste und Anbietern gemäß den Artikeln 8 Absatz 1, Artikel 8a Absatz 1 und Artikel 9 Absatz 1 ermöglicht. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 70 genannten Beratungsverfahren erlassen.

Änderungsantrag 481
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte gemäß Artikel 291 AEUV, in denen eine europäische technische Norm für sichere Kommunikationskanäle festgelegt wird. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 70 genannten Beratungsverfahren erlassen.

Or. en

Änderungsantrag 482
Daniel Buda

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen der Vorschriften im Bereich der Vertraulichkeit der Daten und des Geschäftsgeheimnisses unberührt.

Or. ro

Änderungsantrag 483
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 – Absatz 4 b (neu)

(4b) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die Justizbehörden auf Antrag eines Antragstellers, dessen Rechte durch die Zugänglichkeit von illegalen Inhalten verletzt werden, gemäß diesem Artikel eine Anordnung gegen den entsprechenden Hosting-Diensteanbieter erlassen können, diese Inhalte zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren, unter anderem durch eine einstweilige Verfügung.

Or. en

Begründung

Wenn illegale Inhalte die Rechte einer Person verletzen, muss diese Person wirksamen Zugang zur Justiz haben, damit über die Rechtmäßigkeit dieser Inhalte entschieden und Rechtshilfe sichergestellt wird. Dies schließt das Recht ein, eine einstweilige Verfügung zu beantragen. Die Anordnungen müssen im Einklang mit Artikel 8 stehen, insbesondere in Bezug auf ihre territoriale Wirkung.

**Änderungsantrag 484
Kosma Zlotowski**

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 8 a (neu)**

Artikel 8a

**Anordnungen zur Wiederherstellung
legaler Inhalte**

(1) Nach Eingang einer Anordnung zur Wiederherstellung eines oder mehrerer bestimmter entfernter Inhalte über einen sicheren Kommunikationskanal, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, wie sie der Anordnung nachgekommen

sind und welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt ergriffen wurden.

(2) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die in Absatz 1 genannten Anordnungen folgende Bedingungen erfüllen:

a) Die Anordnungen enthalten Folgendes:

i) eine Begründung, warum der betreffende Inhalt legal ist, mit Bezugnahme auf die besonderen Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts oder die Gerichtsentscheidung,

ii) eine oder mehrere präzise URL-Adressen (Uniform Resource Locator) und nötigenfalls weitere Angaben zur Ermittlung der betreffenden legalen Inhalte,

iii) Angaben über Rechtsbehelfe, die dem Diensteanbieter, der den Inhalt entfernt hat, und dem Nutzer, der den Inhalt gemeldet hat, zur Verfügung stehen.

b) Der räumliche Geltungsbereich der Anordnung darf auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des Unionsrechts und des nationalen Rechts, einschließlich der Charta, und gegebenenfalls der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts nicht über das zur Erreichung ihres Ziels unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

Or. en

Änderungsantrag 485
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 1

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind. ***Ist die Anordnung unwirksam, übermitteln die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich eine Begründung dafür, warum der Anordnung nicht Folge geleistet wurde.***

Or. en

Änderungsantrag 486 Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 1

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von ***den zuständigen*** nationalen ***Justiz- oder Verwaltungsbehörden*** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, ***dass sie die Anordnung erhalten haben und*** wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung ***über einen sicheren Kommunikationskanal*** in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von ***einer*** nationalen ***Behörde*** auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde ***zwecks Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit*** unverzüglich ***über einen sicheren Kommunikationskanal*** mit, wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Begründung

According to Resolution 2020/2018(INL), par. 25 and Resolution 2020/2019(INL), par. 19, the online activities of individuals allow for deep insights into their personality, so that in the spirit of the case-law on communications metadata, public authorities shall be given access to a user's subscriber data and metadata only to investigate suspects of serious crimes with prior judicial authorisation. The fact that some persons use certain digital services can be very revealing regarding their private life, religion, health or sexuality. The disclosure of such information can result in harassment or blackmailing. Also identifying an anonymous account can expose a whistleblower and result in serious harm. The access to information for criminal proceedings will soon be subject to the e-evidence regulation. In the spirit of the case-law on communications data, serious threats to public security could also justify accessing this sensitive information, but not less pressing purposes.

Änderungsantrag 487 **Kosma Złotowski**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 9 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung **über einen sicheren Kommunikationskanal** in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Änderungsantrag 488 **Karen Melchior, Liesje Schreinemacher**

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Geänderter Text

(1) Nach Eingang einer Auskunftsanordnung in Bezug auf eine bestimmte Einzelinformation über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurde **und direkt von ihnen empfangen wurde**, teilen die Anbieter von Vermittlungsdiensten der erlassenden Behörde unverzüglich mit, dass sie die Anordnung erhalten haben und wie sie der Anordnung nachgekommen sind.

Or. en

Änderungsantrag 489

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Kann der Anbieter der Auskunftsanordnung nicht nachkommen, weil sie offensichtliche Fehler enthält oder keine ausreichenden Informationen für deren Ausführung enthält, so unterrichtet er unverzüglich die Behörde, die die Auskunftsanordnung erlassen hat.

Or. en

Änderungsantrag 490

Karen Melchior, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 1 b (neu)

(1b) *Befindet sich die Hauptniederlassung oder der gesetzliche Vertreter des Anbieters nicht im Mitgliedstaat der zuständigen Behörde, die die Anordnung erlassen hat, und ist ein Anbieter der Auffassung, dass die Umsetzung einer nach Absatz 1 erlassenen Anordnung gegen die Charta, das Unionsrecht oder das nationale Recht des Mitgliedstaats, in dem sich die Hauptniederlassung oder der gesetzliche Vertreter des Anbieters befindet, verstoßen würde oder die Bedingungen des Absatzes 2 nicht erfüllt, hat der Anbieter das Recht, beim Niederlassungsmitgliedstaat einen begründeten Antrag auf eine Entscheidung des Koordinators für digitale Dienste zu stellen. Der Anbieter unterrichtet die Behörde, die die Anordnung erlassen hat, über diesen Antrag.*

Or. en

Änderungsantrag 491
Karen Melchior, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 1 c (neu)

(1c) *Nach Eingang eines solchen Antrags wird er vom Koordinator für digitale Dienste zeitnah geprüft, und der Anbieter wird über seine Entscheidung unterrichtet. Stimmt der Koordinator für digitale Dienste der Argumentation des Anbieters ganz oder teilweise zu, unterrichtet er unverzüglich den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Justiz- oder Verwaltungsbehörde, die die Anordnung erlassen hat, über seinen Einspruch. Der Koordinator für digitale Dienste kann*

beschließen, im Namen des Anbieters bei Rechtsbehelfen, Einsprüchen oder sonstigen gerichtlichen Verfahren im Zusammenhang mit der Anordnung tätig zu werden.

Or. en

Änderungsantrag 492
Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 1 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1d) Bis zur Rücknahme eines Einspruchs gemäß Absatz 1 Buchstabe c werden Sanktionen, Geldbußen oder andere Strafen im Zusammenhang mit der Nichtumsetzung einer Anordnung der zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden ausgesetzt und die Anordnung verliert ihre Rechtswirkung.

Or. en

Änderungsantrag 493
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe -a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

-a) die Anordnung wird erlassen, um schwerwiegende Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit abzuwehren;

Or. en

Änderungsantrag 494
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2– Buchstabe -a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**-aa) mit der Anordnung werden
Auskünfte über Personen ersucht, die im
Verdacht stehen, eine schwere Bedrohung
der öffentlichen Sicherheit zu sein;**

Or. en

Änderungsantrag 495
Karen Melchior, Liesje Schreinemaker, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich -1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(-1) die Angabe der
Anordnungsbehörde und die Mittel zur
Überprüfung der Echtheit der
Anordnung;**

Or. en

Änderungsantrag 496
**Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose, Brando
Benifei**

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– eine Begründung, wozu die
Information benötigt wird und warum die
Auskunftsanordnung erforderlich und
verhältnismäßig ist, um festzustellen, ob
die Nutzer des Vermittlungsdienstes das
geltende Unionsrecht oder nationale Recht
einhalten, es sei denn, eine solche
Begründung kann aus Gründen der
Verhütung, Untersuchung, Erkennung und
Verfolgung von Straftaten nicht gegeben

– eine Begründung, wozu die
Information benötigt wird und warum die
Auskunftsanordnung erforderlich und
verhältnismäßig ist, um festzustellen, ob
die Nutzer des Vermittlungsdienstes das
geltende Unionsrecht oder nationale Recht
**unter gebührender Berücksichtigung der
Grundrechte des Nutzers des betreffenden
Dienstes** einhalten, es sei denn, eine solche
Begründung kann aus Gründen der

werden;

Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

Or. en

Änderungsantrag 497
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– eine Begründung, wozu die Information benötigt wird und warum die **Auskunftsanordnung** erforderlich und verhältnismäßig ist, **um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;**

Geänderter Text

– eine Begründung, wozu die Information benötigt wird und warum die **Maßnahme** erforderlich und – **unter gebührender Berücksichtigung der Auswirkungen der Maßnahme auf die Grundrechte des jeweiligen Nutzers, dessen Daten angefordert werden, und der Schwere der Straftat** – verhältnismäßig ist;

Or. en

Änderungsantrag 498
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1

Vorschlag der Kommission

– eine Begründung, **wozu** die Information benötigt wird **und warum die Auskunftsanordnung erforderlich und verhältnismäßig ist**, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben

Geänderter Text

– eine Begründung, **warum** die Information benötigt wird, um festzustellen, ob die Nutzer des Vermittlungsdienstes das geltende Unionsrecht oder nationale Recht einhalten, es sei denn, eine solche Begründung kann aus Gründen der Verhütung, Untersuchung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten nicht gegeben werden;

werden;

Or. en

Änderungsantrag 499

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– *die Angabe der zuständigen Justiz-
oder Verwaltungsbehörde;*

Or. en

Änderungsantrag 500

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– *eine eindeutige Kennung der
Nutzer, über die Informationen
angefordert werden;*

Or. en

Änderungsantrag 501

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

– *die Angabe der Rechtsgrundlage
für die Anordnung;*

Or. en

Änderungsantrag 502

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe a – Spiegelstrich 2

Vorschlag der Kommission

– Angaben über **Rechtsbehelfe**, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

Geänderter Text

– Angaben über **Rechtsbehelfsmechanismen**, die dem Diensteanbieter und den betreffenden Nutzern zur Verfügung stehen.

Or. en

Änderungsantrag 503

Axel Voss, Michael Gahler, Sabine Verheyen, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von Informationen, die er ohnehin bereits für die Zwecke der Erbringung des Dienstes erfasst hat und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen.

Geänderter Text

b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von Informationen, die er ohnehin bereits für die Zwecke der Erbringung des Dienstes erfasst hat und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen, **darunter E-Mail-Adressen, Telefonnummern, IP-Adressen und andere Kontaktdaten, die zur Feststellung der unter Buchstabe a genannten Einhaltung erforderlich sind.**

Or. en

Änderungsantrag 504

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von Informationen, die er ohnehin bereits für die Zwecke der Erbringung des Dienstes erfasst hat und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen.

b) Die Anordnung verpflichtet den Diensteanbieter nur zur Bereitstellung von Informationen, die er ohnehin bereits **rechtmäßig** für die Zwecke der Erbringung des Dienstes erfasst hat und die seiner Verfügungsgewalt unterliegen.

Or. en

Änderungsantrag 505

Karen Melchior, Liesje Schreinemaker, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt.

c) Die Anordnung wird in der vom Diensteanbieter angegebenen Sprache **oder in der Amtssprache des Mitgliedstaats, der die Anordnung gegen einen bestimmten illegalen Inhalt erteilt**, abgefasst und an die vom Anbieter gemäß Artikel 10 benannte Kontaktstelle geschickt. **Gegebenenfalls kann die Kontaktstelle die zuständige Behörde auffordern, eine Übersetzung in die vom Anbieter angegebene Sprache bereitzustellen;**

Or. en

Änderungsantrag 506

Karen Melchior, Liesje Schreinemaker, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ca) Die Anordnung wird nur erlassen, wenn keine anderen wirksamen Mittel zur Einholung derselben spezifischen Information zur Verfügung stehen.

Änderungsantrag 507

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Kommission erlässt – nach Anhörung des Gremiums – delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 69, in denen sie eine bestimmte Vorlage und Form für diese Anordnungen festlegt. Sie stellt sicher, dass es sich bei der Form um die im Anhang der [Verordnung XXX über Europäische Herausgabebeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen] festgelegten Standards handelt.

Or. en

Änderungsantrag 508

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 2 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2b) Wird eine Anordnung zur Bereitstellung bestimmter Informationen über einen oder mehrere bestimmte einzelne Nutzer von einer zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörde erlassen, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die zuständige nationale Justiz- oder Verwaltungsbehörde den Koordinator für digitale Dienste des Mitgliedstaats der Justiz- oder Verwaltungsbehörde ordnungsgemäß unterrichtet.

Änderungsantrag 509

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der nationalen ***Justiz- oder Verwaltungsbehörde***, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Geänderter Text

(3) Der Koordinator für digitale Dienste im Mitgliedstaat der nationalen ***Justizbehörde***, die die Anordnung erlassen hat, übermittelt allen Koordinatoren für digitale Dienste unverzüglich über das nach Artikel 67 eingerichtete System eine Kopie der in Absatz 1 genannten Anordnung.

Or. en

Änderungsantrag 510

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) ***Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.***

Geänderter Text

(4) ***Der Anbieter unterrichtet den Nutzer, dessen Daten angefordert werden, unverzüglich. Solange dies notwendig und verhältnismäßig ist und dem Schutz der Grundrechte einer anderen Person dient, kann die ausstellende Justizbehörde unter gebührender Berücksichtigung der Auswirkungen der Maßnahme auf die Grundrechte der Person, deren Daten angefordert werden, den Anbieter ersuchen, die Unterrichtung des Nutzers aufzuschieben. In einem derartigen Ersuchen, das hinreichend begründet sein muss, ist die Dauer der Geheimhaltungspflicht angegeben; das Ersuchen ist regelmäßig zu überprüfen.***

Änderungsantrag 511

Marion Walsmann

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

Geänderter Text

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden **zivilgerichtlichen Entscheidungen und** Anforderungen des nationalen Strafprozessrechts unberührt.

Or. en

Änderungsantrag 512

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen **Strafprozessrechts** unberührt.

Geänderter Text

(4) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen des nationalen **Strafprozess- und Verwaltungsrechts** unberührt.

Or. en

Änderungsantrag 513

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Verpflichtungen nach diesem Artikel verpflichten die Anbieter von Vermittlungsdiensten nicht dazu, neue Tracking- oder Profiling-Techniken für die Nutzer einzuführen, um Auskunftsanordnungen nachzukommen.

Or. en

Änderungsantrag 514
Daniel Buda

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Anforderungen lassen die im Einklang mit dem Unionsrecht stehenden Anforderungen der Vorschriften im Bereich der Vertraulichkeit der Daten und des Geschäftsgeheimnisses unberührt.

Or. ro

Änderungsantrag 515
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 9 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Dieser Artikel gilt entsprechend für zuständige Verwaltungsbehörden, die Online-Plattformen anweisen, die in Artikel 22 aufgeführten Informationen bereitzustellen.

Or. en

Begründung

Was die wirksame Untersuchung von Handelstätigkeiten betrifft, so erscheint es

gerechtfertigt, geringere Sicherheitsvorkehrungen anzuwenden.

Änderungsantrag 516

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Werden Informationen für die Zwecke eines Strafverfahrens angefordert, so findet die Verordnung (EU) 2021/XXXX über den Zugang zu elektronischen Beweismitteln Anwendung.

Or. en

Änderungsantrag 517

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 4 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4c) Anbieter von Vermittlungsdiensten übermitteln personenbezogene Daten über die Nutzer ihrer Dienste auf Anfrage von Behörden nur, wenn die in diesem Artikel genannten Bedingungen erfüllt sind.

Or. en

Änderungsantrag 518

Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 9 – Absatz 4 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4d) Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte gemäß

Artikel 291 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), mit denen ein gemeinsames europäisches System für den Informationsaustausch mit sicheren Kanälen für die Abwicklung der genehmigten grenzüberschreitenden Kommunikation, die Authentifizierung und die Übermittlung der in Absatz 1 genannten Anordnung und gegebenenfalls der angeforderten Daten zwischen der zuständigen Justizbehörde und dem Anbieter eingerichtet wird. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 70 genannten Beratungsverfahren erlassen.

Or. en

Änderungsantrag 519

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel -10 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel -10

Befreiung

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten können bei der Kommission eine Befreiung von den Anforderungen des Kapitels III beantragen, wenn sie nachweisen, dass sie

a) gemeinnützig oder etwas vergleichbares sind und eine offensichtlich positive Rolle im öffentlichen Interesse spielen;

b) Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG sind oder

c) mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG ohne systemische Risiken im Zusammenhang mit illegalen Inhalten sind. Die Anbieter legen eine Begründung

für ihr Ersuchen vor.

(2) Die Kommission prüft ein solches Ersuchen und kann nach Anhörung des Gremiums ganz oder teilweise eine Befreiung von den Anforderungen dieses Kapitels erteilen.

(3) Auf Anfrage des Gremiums oder des Anbieters oder auf eigene Initiative kann die Kommission eine erteilte Befreiung überprüfen und die Befreiung ganz oder teilweise widerrufen.

(4) Die Kommission führt ein Verzeichnis aller erteilten Befreiungen und deren Bedingungen und stellt diese Liste der Öffentlichkeit bereit.

Or. en

Begründung

The burdens of this regulation must be weighed against the benefits that are achieved with those obligations. In a selected number of cases, the burden would outweigh the benefit and therefore the Commission should have the power to address this issue in order to remove burdens where merited. Without such a power, providers which were not the target or object of this legislation maybe find themselves unable to meet their obligations while maintaining their other functions which would have a negative effect on the European market and its citizens. This amendment is therefore need to order to ensure the proportionality of the obligations to their intended goals.

Änderungsantrag 520
Patrick Breyer

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel -10 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel -10

***Ausschluss von Kleinstunternehmen und
gemeinnützigen Dienstleistungen***

***Dieses Kapitel gilt nicht für Online-
Plattformen, bei denen es sich um
Kleinstunternehmen im Sinne des
Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG
oder um einen gemeinnützigen Dienst mit
weniger als 100 000 monatlich aktiven***

Nutzern handelt.

Or. en

Änderungsantrag 521
Karen Melchior, Liesje Schreinemaker

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel -10 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel -10a

Kollision zwischen Unionsrechtsakten

(1) Kann eine in dieser Verordnung festgelegte Verpflichtung als gleichwertig mit einer Verpflichtung aus einem anderen Unionsrechtsakt betrachtet oder dadurch ersetzt werden, der ein Anbieter von Vermittlungsdiensten ebenfalls unterliegt, so kann der Anbieter von Vermittlungsdiensten bei der Kommission eine Befreiung von diesen Anforderungen oder eine Erklärung beantragen, dass diese Verordnung ganz oder teilweise als erfüllt betrachtet wird. Der Anbieter legt eine Begründung für sein Ersuchen vor.

(2) Die Kommission prüft ein solches Ersuchen und kann nach Anhörung des Gremiums ganz oder teilweise eine Befreiung von den Anforderungen dieser Verordnung erteilen oder eine Erklärung darüber ausstellen.

(3) Auf Anfrage des Gremiums oder auf eigene Initiative kann die Kommission eine erteilte Befreiung oder Erklärung überprüfen und die Befreiung oder Erklärung ganz oder teilweise widerrufen.

(4) Die Kommission führt ein Verzeichnis aller erteilten Befreiungen und Erklärungen sowie deren Bedingungen und stellt diese Liste der Öffentlichkeit bereit.

Or. en

Begründung

Da dieser Rechtsakt möglicherweise mit einer Reihe von verschiedenen Rechtsakten, insbesondere solchen, die als Lex specialis gelten, kollidieren wird, sollte die Kommission befugt sein, diese Kollisionen anzugehen, um mögliche doppelte oder widersprüchliche Belastungen zu beseitigen. Ohne eine solche Befugnis wäre dies den Gerichten überlassen.

Änderungsantrag 522

Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 10 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen die Informationen, die nötig sind, um ihre zentrale Kontaktstelle leicht aufzufinden und mit ihr zu kommunizieren.

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten veröffentlichen die Informationen, die nötig sind, um ihre zentrale Kontaktstelle leicht aufzufinden und mit ihr zu kommunizieren, ***und sorgen dafür, dass diese Informationen aktuell sind. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten melden dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem sie niedergelassen sind, die besagten Informationen, unter anderem den Namen, die Postanschrift, die E-Mail-Adresse und die Telefonnummer ihrer zentralen Kontaktstelle.***

Or. en

Änderungsantrag 523

Karen Melchior, Liesje Schreinemacher, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 10 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten können dieselbe zentrale Kontaktstelle für diese Verordnung und eine andere zentrale Kontaktstelle, die nach anderen Unionsrechtsvorschriften vorgeschrieben

ist, einrichten. Dabei unterrichtet der Anbieter die Kommission über diese Entscheidung.

Or. en

Änderungsantrag 524
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 11 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter.

Geänderter Text

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in **mindestens** einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter. **Sehr große Online-Plattformen benennen in jedem Mitgliedstaat, in dem der Anbieter seine Dienste anbietet, einen gesetzlichen Vertreter.**

Or. en

Änderungsantrag 525

Axel Voss, Antonius Manders, Andrzej Halicki, Michael Gahler, Sabine Verheyen, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal, Daniel Buda, Pascal Arimont

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 11 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre

Geänderter Text

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in einem der Mitgliedstaaten, in denen sie ihre

Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter.

Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter.
Die Mitgliedstaaten können von sehr großen Online-Plattformen verlangen, einen gesetzlichen Vertreter in ihrem Mitgliedstaat zu benennen.

Or. en

Änderungsantrag 526
Karen Melchior

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 11 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, ***die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten***, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in ***einem der Mitgliedstaaten***, in ***denen*** sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter.

Geänderter Text

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in ***jedem Mitgliedstaat***, in ***dem*** sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter.

Or. en

Änderungsantrag 527
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 11 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in ***einem*** der Mitgliedstaaten, in ***denen*** sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter.

Geänderter Text

(1) Anbieter von Vermittlungsdiensten, die keine Niederlassung in der Union haben, aber Dienstleistungen in der Union anbieten, benennen schriftlich eine juristische oder natürliche Person in ***jedem*** der Mitgliedstaaten, in ***denen*** sie ihre Dienste anbieten, als ihren Rechtsvertreter.

Or. fr

Änderungsantrag 528

Axel Voss, Andrzej Halicki, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten beauftragen ihre Rechtsvertreter, sodass diese zusätzlich oder anstelle des Diensteanbieters von den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium in allen Fragen in Anspruch genommen werden können, die für die Entgegennahme, Einhaltung und Durchsetzung von Beschlüssen im Zusammenhang mit dieser Verordnung erforderlich sind. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen ihren Rechtsvertreter mit den notwendigen Befugnissen und Ressourcen aus, **damit dieser** mit den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium **zusammenarbeiten** und deren Beschlüssen nachkommen **kann**.

Geänderter Text

(2) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten beauftragen ihre Rechtsvertreter, sodass diese zusätzlich oder anstelle des Diensteanbieters von den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium in allen Fragen in Anspruch genommen werden können, die für die Entgegennahme, Einhaltung und Durchsetzung von Beschlüssen im Zusammenhang mit dieser Verordnung erforderlich sind. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen ihren Rechtsvertreter mit den notwendigen Befugnissen und Ressourcen aus, **um eine angemessene und zeitgerechte Zusammenarbeit** mit den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem Gremium **sicherzustellen** und deren Beschlüssen nachkommen **zu können**.

Or. en

Änderungsantrag 529

Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 11 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten melden dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem ihr Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist, den Namen, die Anschrift, die E-Mail-Adresse und die Telefonnummer ihres Rechtsvertreters. Sie sorgen dafür, dass

Geänderter Text

(4) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten melden dem Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem ihr Rechtsvertreter ansässig oder niedergelassen ist, **die Identifikationsangaben, unter anderem** den Namen, die Anschrift, die E-Mail-Adresse und die Telefonnummer, ihres

diese Angaben stets aktuell sind.

Rechtsvertreters. Sie sorgen dafür, dass diese Angaben stets aktuell sind. ***Der Koordinator für digitale Dienste in dem Mitgliedstaat, in dem dieser Vertreter ansässig oder niedergelassen ist, unternimmt nach Erhalt dieser Informationen angemessene Anstrengungen, um deren Gültigkeit zu prüfen.***

Or. en

Änderungsantrag 530
Kosma Złotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 11 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Die Anbieter von Online-Diensten sozialer Netzwerke, die gemäß Artikel 25 als sehr große Online-Plattform gelten, benennen auf Ersuchen des Koordinators für digitale Dienste der Mitgliedstaaten, in denen diese Anbieter ihre Dienste anbieten, einen gesetzlichen Vertreter, der den in diesem Artikel festgelegten Pflichten unterliegt.

Or. en

Änderungsantrag 531
Axel Voss, Andrzej Halicki, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal, Daniel Buda

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 11 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 11a

Ausnahmen

Artikel 12 und 13 in Abschnitt 1 sowie die

Bestimmungen der Abschnitte 2 und 3 in Kapitel III finden keine Anwendung auf:

a) redaktionelle Plattformen im Sinne des Artikels 2 Buchstabe ha dieser Verordnung;

b) Online-Plattformen, die als Kleinstunternehmen und mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG einzustufen sind;

c) Vermittlungsdienste, ausgenommen sehr große Online-Plattformen, wenn dies in Anbetracht ihrer Größe, der Art ihrer Tätigkeit und des Risikos für die Nutzer eine unverhältnismäßige Belastung darstellen würde.

Or. en

Änderungsantrag 532
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 11 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 11a

Ausnahmen

Artikel 12 und 13 in Abschnitt 1 sowie die Bestimmungen der Abschnitte 2 und 3 in Kapitel III finden keine Anwendung auf:

a) redaktionelle Plattformen im Sinne des Artikels 2 Buchstabe ha dieser Verordnung;

b) Online-Plattformen, die als Kleinstunternehmen und mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG einzustufen sind;

c) Vermittlungsdienste, ausgenommen sehr große Online-Plattformen, wenn dies in Anbetracht ihrer Größe, der Art ihrer Tätigkeit und des Risikos für die Nutzer

eine unverhältnismäßige Belastung darstellen würde.

Or. en

Änderungsantrag 533
Emmanuel Maurel

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten ***machen in*** ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen ***Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.***

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten ***stellen sicher, dass es gemäß*** ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen ***den Nutzern ihrer Dienstleistungen untersagt ist, Inhalte bereitzustellen, die nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht des Mitgliedstaats, in dem sie zur Verfügung gestellt werden, stehen.***

Die allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Leitlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Änderungsantrag 534

Tiemo Wölken, Evelyne Gebhardt, Franco Roberti, Christel Schaldemose

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten ***durch den Anbieter der Vermittlungsdienste*** eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt ***und enthalten ein durchsuchbares Archiv früherer Versionen der allgemeinen Geschäftsbedingungen des Anbieters.***

Or. en

Änderungsantrag 535

Karen Melchior, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen

Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form **in einem durchsuchbaren Archiv aller früheren Versionen mit dem Datum ihrer Anwendung** öffentlich zur Verfügung gestellt.

Or. en

Begründung

To improve the accountability of service providers, researchers need access to the full history of these terms and conditions to understand when policies may have been modified by the company, and, when researchers examine past actions, when the terms & conditions should have been enforced. Terms and conditions can evolve rapidly in response to real world events. It has occurred that researchers will identify information incompatible with a platform's current terms and conditions, only to discover that the terms and conditions have changed since the first publication or first identification of that information. Accurate supervision and compliance with terms and conditions therefore requires the availability of such an archive.

Änderungsantrag 536 **Patrick Breyer**

Vorschlag für eine Verordnung **Artikel 12 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben

umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher **und maschinenlesbarer Form in den Sprachen, in denen der Dienst angeboten wird**, öffentlich zur Verfügung gestellt.

Or. en

Änderungsantrag 537

Axel Voss, Esteban González Pons, Luisa Regimenti, Monika Hohlmeier, Rainer Wieland, Daniel Caspary, Javier Zarzalejos, Sven Schulze, Christian Doleschal, Pascal Arimont

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen, **die die europäischen und nationalen Rechtsvorschriften erfüllen müssen**, Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Or. en

Änderungsantrag 538
Kosma Zlotowski

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Geänderter Text

(1) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Richtlinien, Verfahren, Maßnahmen und Werkzeuge, die zur Moderation von Inhalten eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung. Sie werden in klarer, **einfacher, verständlicher** und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt.

Or. en

Änderungsantrag 539
Karen Melchior, Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten machen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Angaben zu etwaigen Beschränkungen in Bezug auf die von den Nutzern bereitgestellten Informationen, die sie im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Dienstes auferlegen. Diese Angaben umfassen Informationen über alle Strategien, Verfahren, Maßnahmen und Tools, die zur Moderation von Inhalten

eingesetzt werden, einschließlich algorithmischer Entscheidungsfindung und menschlicher Überprüfung, sowie über verfügbare Rechtsmittel, einschließlich anwendbarer alternativer Streitbeilegungsmechanismen. Sie werden in klarer und eindeutiger Sprache abgefasst und in leicht zugänglicher Form öffentlich zur Verfügung gestellt. Die Anbieter von Vermittlungsdiensten müssen den Nutzern eine präzise und leicht lesbare Zusammenfassung der allgemeinen Geschäftsbedingungen zur Verfügung stellen, einschließlich der verfügbaren Rechtsmittel und gegebenenfalls der Opt-out-Möglichkeiten.

Or. en

Änderungsantrag 540
Stéphane Séjourné

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Anbieter von Vermittlungsdiensten stellen sicher, dass ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen in eindeutiger und verständlicher Sprache abgefasst sind und verhindern, dass die Nutzer ihrer Dienste Informationen bereitstellen, die nicht mit dem Unionsrecht oder dem Recht des Mitgliedstaats, in dem die Informationen bereitgestellt werden, vereinbar sind. Alle zusätzlichen Beschränkungen, die Anbieter von Vermittlungsdiensten in Bezug auf die Nutzung ihres Dienstes und die von den Nutzern bereitgestellten Informationen auferlegen können, müssen in vollem Einklang mit den in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechten der Nutzer stehen.

